

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Druckanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Oskrau, Rorsdorf, Rostelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abbestellen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 233

Bad Schandau, Mittwoch, den 5. Oktober 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

- * Die Sammlungen für die Hindenburg-Spende sollen am 31. Oktober zum Abschluss gebracht werden.
- * Die Reichsbank hat den Wechselkurs von 6 Prozent auf 7 Prozent erhöht.
- * Die Berliner Effektenbörse war ausgesprochen schwach; es gab Kursabschläge von 20 Prozent und mehr.
- * Der Pilot Zoofe ist mit dem Flugzeug „D. 1230“ zu seinem Atlantikflug aufgestiegen, der ihn zunächst bis Lissabon bringen soll.
- * Die polnischen Behörden versuchen durch unzulässige Mittel die deutschen Grundbesitzer von dem Protest beim Völkerbund gegen polnische Vergewaltigungen abzubringen.
- * Die Erregung über die 1928 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen hat in Mexiko eine revolutionäre Bewegung zum Ausbruch gebracht, die bereits zu blutigen Gefechten geführt hat

Kampf gegen die Lüge von Versailles!

Von Freiherrn von Versner,
vormals Präsident der Friedensdelegation zu Versailles.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat mit seinem klaren Protest gegen die Kriegsschuldfrage von Versailles wohl jedem Deutschen aus dem Herzen gesprochen. Seine Worte haben im Inland und im ganzen Ausland lebhaften Widerhall gefunden.

Lange Jahre sind seit dem Beginn unseres Kampfes gegen die Lüge von Versailles verstrichen. Die verschiedenen Reichsregierungen haben diesen Kampf mehr oder minder tatkräftig unterstützt. Aber oftmals sind die Reichskanzler und Außenminister von augenblicklichen außenpolitischen Konstellationen beeinflusst und davon abgebracht worden, sich offen an die Spitze des Kriegsschuldkampfes zu stellen, weshalb schon große Teile unseres Volkes den Schuldfragenkampf aufgeben wollten. Nun hat der Reichspräsident, der sehr selten das Wort ergreift, mit seiner scharfen öffentlichen Zurückweisung der Lüge von Versailles die Schuldfrage in das stärkste Licht gestellt. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat bald darauf diese Kundgebung bekräftigt. An der Reichsregierung und dem deutschen Volke ist es nun, mit aller Tatkraft den erneut begonnenen Kampf fortzusetzen. Lassen wir uns doch nicht von Genfer, Locarno und anderen außenpolitischen Momenten daran hindern, einen Kampf zu führen, der mit der gegenwärtigen Außenpolitik überhaupt nichts zu tun hat. Der Kampf gegen die Versailler Lüge ist in allererster Linie ein Kampf um die Ehre des deutschen Volkes. Unser Volk darf und kann es nicht dulden, daß ihm im kraftesten Widerspruch zu den historischen Tatsachen die Schuld an diesem furchtbaren Weltkriege aufgebürdet wird. Dies Brandmal, das man in Versailles auf unsere Stirne gedrückt hat, muß entfernt werden. Die giftige Lüge von Versailles muß zerstört werden.

An unserem festen Willen, Deutschlands Kriegsschuld zu vernichten, kann uns wahrhaftig die schöne Tzese der Entente-Regierungen nicht hindern, die behaupten will, die „Allein- schuld Deutschlands am Weltkriege sei eine durch Versailles festgelegte geschichtliche Tatsache“, sei eine „Cause jugée“. Noch weniger kann uns die englische Auffassung beeindrucken, daß man die Schuldfrage „besser in Ruhe lassen“ solle. Nein und tausendmal Nein! Der Deutsche darf sich mit dem Versailler Verdict nicht abfinden. Er muß die Geschichte, die Dokumente immer wieder an das Tageslicht ziehen, so lange, bis die Lüge von Versailles voll und ganz und amtlich zerstört und wider- rufen ist. Er muß seine Ehre wiederherstellen.

Wer hat denn diesen Weltkrieg gewollt? Das ist die klare Fragestellung im Kampf gegen den Versailler Schuldpruch.

Gewollt hat diesen Krieg Frankreich, vor allem Poincaré und Clemenceau, um Elsass-Lothringen zu gewinnen. Gewollt hat den Krieg Rußland, um alle slavischen Völker unter seiner Herrschaft zu vereinigen und Konstantinopel zu erobern. Gewollt hat ihn England, um den deutschen Handel und die deutsche Seegeltung zu vernichten. Gewollt hat ihn Serbien, um unter Zerstörung Oesterreich-Ungarns ein Groß-Serbien zu erhalten. Gewollt hat ihn Italien, um sich des österreichischen Trentinos und Südtirols zu bemächtigen.

Deutschland aber hat den Krieg nicht gewollt. Im Gegenteil. Seit 1871 haben Bismarck, haben die deutschen Kaiser und Regierungen nur den europäischen Frieden gewünscht. Auf nichts anderes, als auf die Unversehrtheit unseres Reiches war die Arbeit unserer Staatsmänner gerichtet. Daran ändert auch der Einmarsch unserer Truppen in Belgien nichts. Denn dieser Einmarsch erfolgte infolge der russischen und der französischen Mobilmachung. Deutschland handelte in bitterster, äußerster Notwehr.

Die Reichsregierung und das deutsche Volk dürfen die Gelegenheit unter keinen Umständen vorübergehen lassen, die sich mit der erneuten Aufrollung des Schuldfragenkampfes durch den Reichspräsidenten und den Reichsaußenminister ge-

bieten hat. Hindenburg hat den Mut gefunden, klar und deutlich gegen die Lüge von Versailles vorzugehen. Möge sein Beispiel die letzten Bedenken gewisser Politiker beseitigen, und möge das deutsche Volk in allen seinen Teilen es endlich erkennen: Von der Vernichtung der Lüge von Versailles hängt Deutschlands Zukunft ab.

Auf dem Wege zum Einheitsstaat?

Berlin, 4. Oktober. Zu der beabsichtigten Einberufung einer Sonderkonferenz von Vertretern der Reichs- und Länderregierungen zur gründlichen Erörterung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern teilt die Vossische Zeitung u. a. mit, daß der Antrag zur Einberufung einer solchen Konferenz von dem Regierungschef eines norddeutschen Staates ausgegangen sei und auf die Schaffung des deutschen Einheitsstaates hinzielt. Der Vorschlag der Sonderkonferenz habe bei den Ministerpräsidenten der Länder kaum einen Widerspruch hervorgerufen. Es sei im Gegenteil festzustellen, daß er lebhaft sowohl von den Regierungschefs süddeutscher wie norddeutscher Staaten aufgegriffen und mit Wärme befürwortet worden sei. Insbesondere der Gedanke der Beilegung der Enklaven habe starke Resonanz gefunden. Von dem Ministerpräsidenten eines süddeutschen Landes sei erklärt worden, daß das Nebeneinander von Reich und Ländern eine Unmöglichkeit darstelle, daß seine Regierung bereits seit langem erwogen habe, beim Reich den Antrag zu stellen, das Land als Reichsland zu erklären. Ein anderer Ministerpräsident habe verlangt, daß die Sonderkonferenz mit möglichster Beschleunigung einberufen werden solle. Die Vossische Zeitung erklärt zum Schluß, es sei beabsichtigt, die Konferenz bereits im November stattfinden zu lassen.

Deutscher Ozeanflug in Etappen.

Start von Nordorney aus.

Das Flugzeug „D. 1230“ hat Dienstag, 16.46 Uhr, nach einem Start von etwa 200 Metern den Flug nach den Azoren in westlicher Richtung angetreten. Um 15.10 Uhr haben sich die Piloten Zoofe und Starke nach herzlicher Verabschiedung von ihren Gattinnen an Bord des Flugzeuges begeben. Außerdem sind der Bordmonteur Fritzer und der Bordfunter Löwe im Flugzeug.



Der Ozeanflieger Zoofe.

Ein Unternehmen der Junkerswerke.

Berlin, 4. Oktober. Wie die T.-U. erfährt, ist der Zulassungsantrag für das heute in Nordorney gestartete Junkerswasserflugzeug Typ G 24 No. D 1230 von der Junkersflugzeugwerke A.-G. selbst gestellt worden. Damit entfallen alle weiteren in der Presse laut gewordenen Kombinationen über etwaige von der Junkersflugzeugwerke A.-G. vorgeschobenen Unternehmen des Fluges. Die Mitwirkung der irrtümlicherweise mehrfach als Unternehmern des Fluges genannte „Severa-Gesellschaft“ hat sich auf die Lieferung navigatorischer und nautischer Ausrüstungsgegenstände beschränkt, die zu dem Fluge benötigt wurden. Der Flug ist übrigens, wie die T.-U. weiter feststellen konnte, im Rahmen der Ausschreibung für den Langstreckenflug von den Junkerswerken bei dem Deutschen Lufttrat angemeldet worden.

Der Start.

Bericht eines Augenzeugen.

Nordorney, 4. Oktober. Seit der gestern abend hier erfolgten Landung des Junkersflugzeuges D 1230 herrschte allgemeine Spannung wegen des Startes. Am Abend verkündete, daß er um 5 Uhr vor sich gehen würde. Die Vorbereitungen

wurden während der Nacht getroffen. Bei Scheinwerferlicht wurde getankt. Gegen 3 Uhr waren 21 Fässer Betriebsstoff an Bord genommen. Bald darauf wurde über dem Führerflügel die Antenne angebracht. Etwa 1 Stunde später versammelte sich eine große Menschenmenge, die dem Start beizuhelfen wollte. Um 5.15 Uhr setzte heftiger Regen mit Böen und Hagel ein, scheinbar ein Gewitter, da das elektrische Licht im Orte erlosch. Die Standhaften ließen sich aber auch durch das Unwetter nicht vertreiben. Ihre Geduld wurde belohnt: Um 7 Uhr erstrahlte wieder die Sonne. Gegen 8 Uhr wird es lebendig um das Flugzeug. Die wenigen Sipowachtmeister können die Borddrängenden nur mit Mühe zurückhalten. Gegen 11 Uhr wird ein kleiner Postwagen von den Angestellten des Flughafens an die Startbahn gerollt. In dem Wagen befindet sich Ozeanpost, doch der Start findet noch immer nicht statt. Erst gegen 15 Uhr werden die Propeller angeworfen und das Flugzeug wird, begleitet von einer kleinen Dampfmaschine, auf die offene See gebracht. Zwei Herren und eine Dame hatten sich vormdem bereits an Bord begeben. Ein weiterer Flugzeuginsasse folgt in einem Ruderboot, das ihn in schneller Fahrt zum Flugzeug bringt. Gegen 16 Uhr setzen plötzlich die Motoren aus. Der Zuschauer bemerkt sich das Gefühl, daß sie verjagen, doch bald setzt zuerst der mittlere Motor und dann auch die beiden seitlichen Motoren wieder ein. Das Flugzeug gleitet langsam auf dem Wasser vorwärts. Man hat den Eindruck, als genüge die Kraft der Motoren nicht, um das schwere Flugzeug vom Wasser zu heben. Plötzlich setzen wieder sämtliche Motoren aus: Ein Dampfzer, der am Flugzeug vorbeifährt, hat den Weg versperrt. Als die See wieder frei ist, setzen die Motoren wieder ein, und unter dem Jubel der harrenden Menge hebt sich das Flugzeug bald darauf ruhig und sicher vom Wasser. Noch eine Schleife über der Insel und dann verschwindet das Flugzeug am Horizont.

Die Ozeanmaschine „D 1230“.

Nordorney, 4. Oktober. Die T.-U. erfährt über das heute hier zum Ozeanflug gestartete Junkersflugzeug D 1230 nach folgende Einzelheiten:

Die Maschine entspricht dem Typ G 24, die die Firma Junkers im Herbst 1925 zum ersten Male als dreimotoriges Verkehrsflugzeug herausgebracht hatte. Wie alle Junkersmaschinen, ist auch diese eine reine Metallkonstruktion mit völlig freitragenden Tragflächen, die unterhalb des Rumpfes gelagert sind. Für den Sonderzweck, für den die Maschine im Spätsommer ds. Js. gebaut wurde, ist die Bauart der Schwimmer besonders durchgebildet worden. Es kam darauf an, der Maschine eine unbedingt zuverlässige Hochseefähigkeit zu geben. Die in Kiel und Malmö veranstalteten Probestüge führten denn auch zu dem Ergebnis, daß die Sonderkonstruktion den Anforderungen entsprach. Wie üblich, sind auch hier die Schwimmerkörper in mehrere wasserdichte Schotten geteilt, wobei die Tragfähigkeit so berechnet ist, daß einer von den beiden Schwimmern die gesamte Last des Fluggewichtes zu tragen imstande ist. Die Spannweite der Tragflächen beträgt rund 30 Meter und die Länge etwas mehr als 15 Meter. Ausgerüstet ist die Maschine mit 3 Junkers-L-5-Motoren mit einer Spitzenleistung von je 320 PS. Das Leergewicht der Maschine beträgt ungefähr 4 1/2 Tonnen. Die Zuladung kann bis zu etwa 2 Tonnen gesteigert werden, so daß also neben den vier Passagieren genügend Betriebsstoff mitgeführt werden kann. Außer den üblichen Tragflächenantennen sind in dem Rumpf der Maschine, in dem Raum, der sonst zur Unterbringung von weiteren Passagieren zur Verfügung steht, noch weitere größere Tanks eingebaut worden. Die Maschine führt eine Bordfunkanlage, die außer dem Aufnehmen und Senden von Funkmeldungen eine sehr genaue Funkleitung gestattet, so daß die Flieger für die Orientierung von Kompaß und Sicht verhältnismäßig unabhängig sind.

Das deutsche Ozeanflugzeug in Amsterdam gelandet.

Amsterdam, 5. Oktober. Das deutsche Ozeanflugzeug D 1230 ist gestern um 17.30 Uhr in Schellingwoude bei Amsterdam gelandet. Der Weiterflug soll heute früh 5 Uhr erfolgen.

Amsterdam, 5. Oktober. Das Junkerswasserflugzeug, das heute nachmittag überraschenderweise aus Nordorney ankam, liegt auf dem Wasser im Marineflughafen Amsterdam. Man war am Abend eifrig mit der Benzinverjorgung beschäftigt. Der Start soll möglichst frühzeitig, etwa zwischen 4 bis 5 Uhr, stattfinden. Die nächste Station soll auf den Azoren gemacht werden. Die Flieger sind im Viktoriahotel abgestiegen. Ueber den ganzen Plan wird seitens der Flieger auch weiter das größte Stillschweigen bewahrt. Man sagt, es handle sich nur um einen Probestflug, bei günstigem Wetter werde man möglicherweise nach Amerika fliegen. Die Dame, die sich als Passagier an Bord des Flugzeuges befand, ist eine Wiener Schauspielerin Frau Willy Dillenz, die Tochter des Kunstmalers Holländer. Frau Dillenz sagte, daß sie die Reise nur bis Amsterdam mitgemacht habe.

New York, 4. Oktober. Die Nachricht von dem Start der D 1230 zum Atlantikflug traf hier in der Mittagsstunde ein. Sie wird von den Zeitungen groß aufgemacht. Die großen Nachrichtenbüros und die New Yorker Blätter hatten bereits in der letzten Nacht einen starken Nachtdienst organisiert, um über den Flugverlauf möglichst schnell unterrichtet zu werden.

Umfang der Hindenburg-Amnestie.

Viele Tausende Begnadigte.

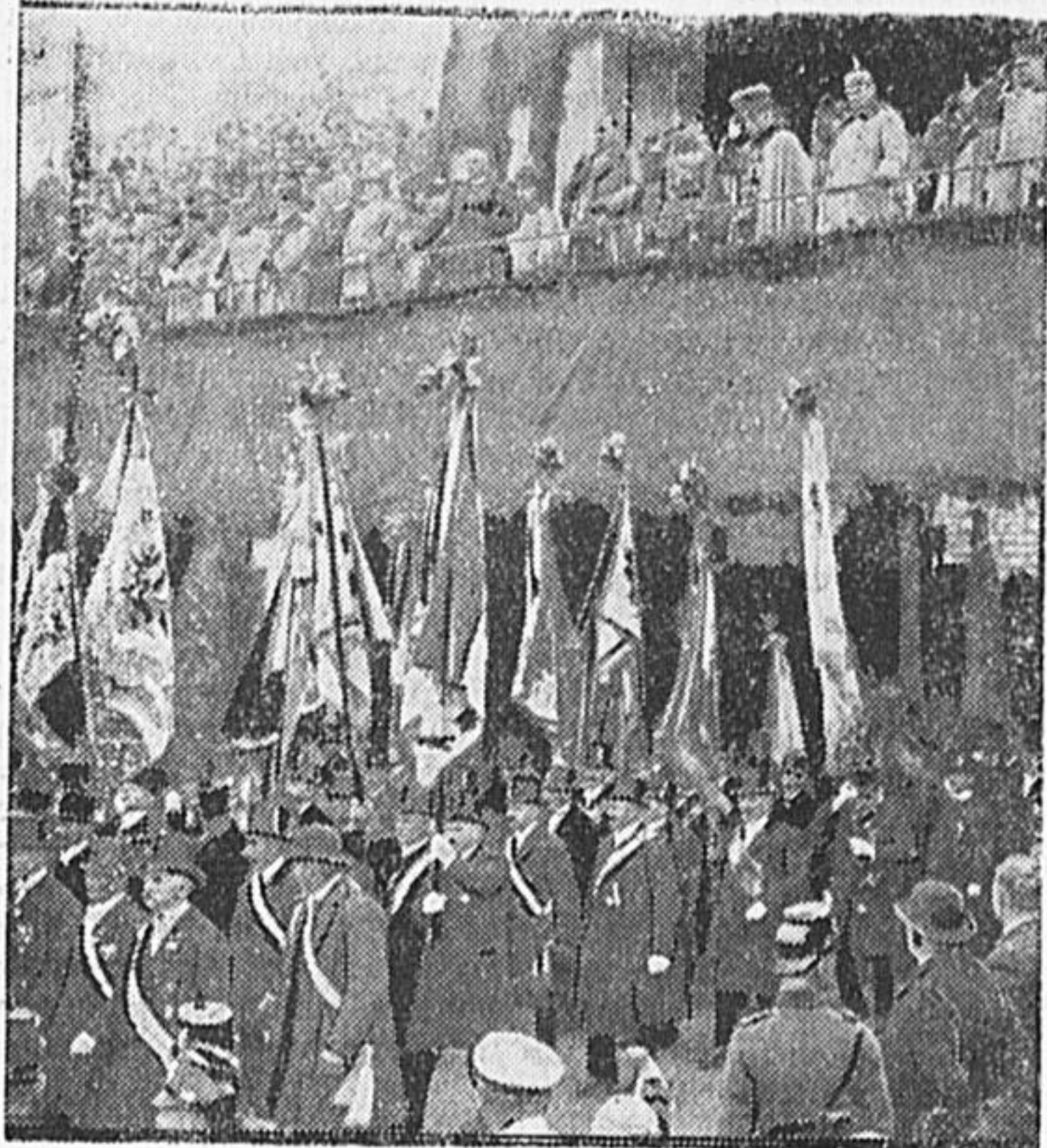
Es ist vom Reichsjustizministerium nicht beabsichtigt, eine Liste der zu Hindenburgs Geburtstag begnadigten Personen bekanntzugeben. Auch die Länder dürften eine solche Absicht nicht haben. Es handelt sich um viele Tausende zusammen in den Ländern (im Reich etwa 75). Eine Reihe von Eingaben aus dem Kreise der von der Amnestie Betroffenen geht dahin, ihre Namen nicht zu nennen. Über Umfang und Art der Gnadenbeweise kann gesagt werden, daß die Amnestie keineswegs einseitig nach rechts sich erstreckt. Neun Zehntel aller Begnadigten sind radikal linksgerichtete Personen, darunter sind solche, die mit Zuchthausstrafen für Sprengstoffdelikte belegt wurden, wobei erhebliche Reststrafen erlassen worden sind. Ferner kommen eine Reihe von Fällen sogenannter literarischer Hochverrats in Betracht. Auch hier sind Strafmäßigungen und bedingter Straferlaß von Resten zu verzeichnen. Wie bekannt, fallen der Fall Hölz und die Personen, die am Rathenau-Mord beteiligt sind, nicht unter die Amnestie.

Der Reichspräsident an die fremden Staatsoberhäupter.

Der Reichspräsident hat folgendes Telegramm an Präsident Coolidge nach Washington gerichtet: „Für die mich aufrichtig erfreuenden Glückwünsche, die Sie, Herr Präsident, anlässlich meines 80. Geburtstages an mich gerichtet haben, bitte ich Sie, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen. Der Freundesgruß des amerikanischen Volkes an das deutsche Volk, den Sie mir mit so anerkennenden Worten übermittelt haben, war mir eine besondere Geburtstagsfreude. Von Herzen erwidere ich ihm namens des deutschen Volkes.“

Ebenso hat der Reichspräsident den anderen fremden Staatsoberhäuptern, die seines 80. Geburtstages gedacht haben, seinen aufrichtigsten Dank nebst seinen besten Wünschen übermittelt. Außer den bereits Genannten hat auch der Schah von Persien dem Reichspräsidenten Glückwünsche überandt.

Hindenburg beim Kyffhäuserfest im Berliner Stadion.



Einmarsch der Fahnenabteilungen der Kriegervereine. In der Ehrenloge der Reichspräsident von Hindenburg in Feldmarschallsuniform.

Schluß der Hindenburg-Spende 31. Oktober.

In dem Erlaß des Reichspräsidenten an das deutsche Volk gilt sein ganz besonderer, herzlichster Dank denen, die als Geber an der Hindenburg-Spende teilgenommen. Die Spende läuft noch, soll aber am 31. Oktober endgültig abgeschlossen sein. Es werden daher alle Verbände, Banken und sonstigen Träger von Einzelsammlungen, soweit ihnen nicht besondere Mitteilung zugegangen ist, gebeten, die bei ihnen aufkommenen Summen im Laufe des Oktober auf das Reichsbankgirokonto oder eines der bekannten Postcheckkonten der Hindenburg-Spende zu überweisen. Postcheckkonten: Berlin 73 800, München 9000, Stuttgart 23 000, Dresden 37 000, Königsberg 900, Stettin 5700, Köln 10 700.)

Mexiko in Aufruhr.

Starke innere Gärung.

Mexiko steht vor den Präsidentschaftswahlen, da die Wahlperiode des jetzigen Präsidenten 1928 abläuft. Selten sind solche Wahlen ohne blutige Zusammenstöße abgelaufen und diesmal scheint es zu einem richtigen bewaffneten Aufstand zu kommen. Amtlich wird gemeldet, daß die beiden Präsidentschaftskandidaten General Gomez und General Serrano gemuntert haben während ihr Gegner, General Obregon, ein Freund des Präsidenten Calles, bereit ist, sie zu bekämpfen. Sonntag traten 800 Offiziere und Soldaten der Garnison Mexiko in Aufruhr. Ähnliche, obwohl nicht so ernste Unruhen sollen in Torreon und in Vera Cruz ausgebrochen sein.

Über Texas gelommene Nachrichten besagen, daß es zwischen drei Regimentern der Regierungstruppen und meuternden Bataillonen zu einer erbitterten Schlacht gekommen sei, die sich in den Bergen zwischen Mexiko-Stadt und Puebla abspielte. Beide Bombengeschwader der Armee beteiligten sich an diesem Kampf. Die Meuterer sollen angeblich völlig aufgerieben sein.

Jede telephonische oder telegraphische Verbindung mit der Hauptstadt Mexiko hatte Montag schon aufgehört. Sämtliche Züge, die zwischen der Hauptstadt und den verschiedenen Städten Mexikos verkehren, stehen unter starker militärischer Bewachung. Auf verschiedenen Hauptbahnenlinien mußte der Verkehr völlig eingestellt werden.

Der Sammelpunkt der Aufständischen ist Vera Cruz. Die dortige Militärbehörde ordnete die Einstellung des Eisenbahnverkehrs der mexikanischen und zwischenamerikanischen Eisenbahn nach Mexiko-Stadt an. Die Bundesstruppen sind mit unbekanntem Ziel von Mexiko abgerückt, man glaubt nach Vera Cruz.

Nach unbefähigten Gerüchten sollen die Generale Serrano und Carlo Vidal, ehemaliger Gouverneur des Staates Chiapas, durch die Regierungstruppen in Tampico gefangen genommen und hingerichtet worden sein.

Diskonterhöhung der Reichsbank

Der Wechseldiskont von 6 auf 7 Prozent erhöht.

Unsichere Lage am Inlandsgeldmarkt.

Vor dem Kriege betrug der Reichsbankdiskont 5 Prozent, das heißt, jeder Wechselansteller hatte 5 Prozent Zinsen zu bezahlen. Durch die Inflation und die später erfolgende Stabilisierung herrschte eine so große Geldknappheit, daß wir auch viel höhere Diskontsätze hatten. Das Bestreben der Reichsbank ging dahin, wieder zu einer normalen Lage des Geldmarktes zu kommen. Deshalb setzte Dr. Schacht den Diskontsatz in Etappen wieder bis auf 5 Prozent herunter. Die Folge war aber eine zu starke Inanspruchnahme der Reichsbank, d. h., der Wechselumlauf wuchs ungeheuer an, ohne daß gleichzeitig auch die Deckung eine Steigerung erfuhr. Solche Zustände können aber, wenn keine Regulierung erfolgt, für die Währung gefährlich werden. Dazu kam noch, daß die zahlreichen aus dem Ausland hereinströmenden fremden Gelder (Devisen) nicht zur Bezahlung ausländischer Forderungen benutzt, sondern in Markt umgewandelt wurden und so den inländischen Geldumlauf vermehrten. Die im Mai d. J. erfolgte Erhöhung des Diskonts von 5 auf 6 Prozent änderte an der Situation nichts.

Wer unabhängig von der Reichsbank sich Geld beschaffen wollte (d. h. nicht auf dem Wege der Wechselanstellung), mußte für einen Monatskredit bei der Bank schon seit längerer Zeit viel höhere Sätze bezahlen (10 bis 12 Prozent waren nichts Seltenes). So bestand also eine erhebliche Differenz zwischen dem Reichsbankdiskont einer-

seits und dem Zinssatz der privaten Geldgeber andererseits.

Daher entschloß sich Dr. Schacht in einer Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, mit Wirkung vom 4. Oktober ab den Diskontsatz von 6 Prozent auf 7 Prozent und den Lombardsatz (Leihatz) von 7 Prozent auf 8 Prozent zu erhöhen.

Welches werden die Folgen sein? Wer künftig einen Wechsel unterschreibt, hat ein Prozent mehr dafür zu vergüten als bis zum 4. Oktober. Da nun die Sollzinsen gestiegen sind, werden vermutlich auch gleichzeitig die Habenzinsen (Vergütungen) erhöht werden. Hierüber liegt noch kein offizieller Beschluß vor, es ist aber zu erwarten, daß Banken und Sparkassen wenigstens eine Besserung der Habenzinsen um ½ Prozent vornehmen werden, da sie doch für Sollzinsen ein Prozent mehr verlangen müssen.

Die unmittelbare Folge der Verteuerung des Wechseldiskonts wird auch eine geringere Inanspruchnahme der Reichsbank sein, d. h., viele Leute werden es sich überlegen, ob sie bei den verteuerten Geldsätzen noch mit Wechseln bezahlen werden. Da die Reichsbank für einen Wechsel mit zwei erstklassigen Unterschriften bares Geld ausbezahlt, wird sie also bei einem Rückgang des Wechselumlaufes auch einen geringeren Notenumlauf haben; damit steigt gleichzeitig die Deckung des Papiergeldes und das Ansehen der deutschen Währung.

Hohes Geldsätze sind natürlich kein Ideal und auch der Reichsbankpräsident sieht, wie er in seiner Rede vor dem Zentralausschuß der Reichsbank betonte, einen billigeren Diskontsatz für vorteilhafter als einen hohen Diskontsatz an. Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben aber, nach Ansicht Dr. Schachts, diese Maßnahmen im Augenblick verlan-

Die mexikanische Regierung Herr der Lage?

Die Agencia Duems erhält aus Mexiko eine Kabelnachricht, wonach in der Hauptstadt völlige Ruhe herrscht. Die mexikanische Regierung veröffentlicht in der Presse Erklärungen, wonach die militärischen Erhebungen unbedeutend seien und, soweit es nicht schon geschehen sei, in Kürze niederge schlagen sein würden. Die Regierung sei vollkommen Herr der Lage. Der größte Teil des Seeres sei verfassungstreu und sei in der Hand der Führer.

Nach den letzten Meldungen aus Mexiko ziehen die Revolutionäre bei Vera Cruz starke Streitkräfte zusammen. Ein Aufstand in Torreon wurde nach dreistündigem Kampf von den Regierungstruppen niedergeschlagen. Zahlreiche Rebellen wurden gefangen genommen. Wie weiter gemeldet wird, haben starke Abteilungen der Yaqui-Indianer von den Vereinigten Staaten aus die mexikanische Grenze überschritten. Aus Tampico eingetroffene Berichte melden, daß sich die dortigen Regierungstruppen in schwieriger Lage befinden. Sie sollen angeblich in einem Barackenlager eingeschlossen sein und auf Entsatz warten. Die mexikanische Regierung, die die Generale Gomez und Serrano für die Aufstandsbewegung verantwortlich macht, ist fest entschlossen, die Revolte mit aller Kraft zu bekämpfen.

Serranos Hinrichtung bestätigt.

Eine Meldung aus Mexiko bestätigt, daß General Francisco Serrano, einer der beiden meuternden Präsidentschaftskandidaten, nebst 13 seiner Anhänger von regierungstreuen Truppen im Staate Morelos gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Deutschfeindliche Vorstöße in Polen.

Nötigungsversuche.

Die polnische Regierung hat in der Angelegenheit der sogenannten Agrarreform, die bekanntlich vor allem die Enteignung des deutschen Grundbesitzes in Polen und Pommern bezweckt, wiederum einen Schritt unternommen, der die Schwächung des Deutschtums in diesen Gebieten zum Ziele hat und noch weitere Folgen nach sich ziehen dürfte. Vor kurzem war die einseitige Ausnutzung der Agrarreform in Polen gegen die deutschen Besitzer in einer Vorschlagsliste vor den Völkerverbund gebracht worden. Bekanntlich enthielt die Liste der im Jahre 1927 zur Partzellierung gezwungenen Güter 91,2 Prozent deutschen und 8,8 Prozent polnischen Besitz, während der gesamte Bodenbesitz heute zu etwa 28 Prozent in deutscher und über 70 Prozent in polnischer Hand ist.

In den letzten Tagen wurden in sämtlichen Kreisen der Wojwodschaften Posen und Pommern die deutschen Güterbesitzer in die Starosten berufen. Hier wurde versucht, von den deutschen Grundbesitzern eine schriftliche Erklärung zu erlangen, daß sie mit der Beschwerde an den Völkerverbund nichts zu tun hätten.

Der Vorsitzende der deutschen Fraktion im polnischen Sejm, Abgeordneter Raumann, hat sich hierauf sofort in einem Schreiben an das Warschauer Innenministerium gewandt, in dem gegen diesen Versuch, einen Keil zwischen das Deutschtum in Polen und seine berufenen Vertreter zu treiben, protestiert und gefordert wird, diese Verfügung sofort zurückzuziehen.

Türkische Note an Persien.

Wie aus Teheran gemeldet wird, fordert die türkische Regierung in ihrer in Teheran überreichten Note in sehr deutlicher Sprache die persische Regierung auf, die sofortige Freigabe der durch persische Banditen an der Grenze gefangen genommenen türkischen Offiziere zu veranlassen.

Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Die „Germania“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums sind in den letzten Tagen fortgesetzt worden. Es handelt sich hier um die Weiterführung der Besprechungen, die schon seit längerer Zeit schweben. Die Mitteilungen, die einige Blätter, besonders die Völkische Zeitung, über die Verhandlungen veröffentlichten, sind irreführend und beruhen auf reinen Kombinationen.

Der Prozeß gegen die Zentrale der K. P. D. vertagt.

Leipzig. Vor dem Reichsgericht sollte am Dienstag der Hochverratsprozeß gegen neun Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands verhandelt werden. Senatspräsident Niedner stellte zu Beginn der Verhandlung fest, daß die Angeklagten nicht erschienen sind. Die Angeklagten sind, mit Ausnahme von zwei (Lindau

und Schumann), Parlamentarier. Der Präsident fragt daraufhin die Verteidiger, ob sie zum Nichterheinen der Angeklagten etwas zu erklären haben. Rechtsanwalt Dr. Buch stellt daraufhin namens sämtlicher Angeklagten den Antrag, den heutigen Termin aufzuheben und begründet den Antrag damit, daß die Vernehmung von mehreren hundert Zeugen und die Verlesung einer Unmenge von Broschüren und anderen Schriftstücken vorgezogen sei, die eine mehrmonatige Verhandlung unausbleiblich machen. Die meisten der Angeklagten seien Reichstagsabgeordnete. Eine mehrmonatige Verhandlung, bei der ihre Anwesenheit notwendig wäre, ließe sich nicht vereinbaren mit ihrem Amt. Der Reichstag habe wiederholt die Genehmigung zur Verhinderung der Angeklagten verweigert und im Jahre 1926 erklärt, daß der Prozeß in den Ferien des Parlamentes durchgeführt werden solle. Das Nichterheinen der Angeklagten sei pflichtgemäß und gerechtfertigt. Oberreichsanwalt Werner wies darauf hin, daß er gegen die Abgeordneten nach dem Gesetz keine Anträge stellen kann, behielt sich aber vor, dies beim Parlament zu tun. Gegen die Angeklagten Schumann und Lindau beantragte er, Vorführung anzuordnen. Nach mehrstündiger Beratung verkündete der Präsident Niedner folgenden Beschluß: Die Hauptverhandlung wird bis auf weiteres vertagt. Die Anführung eines neuen Termins wird erst erfolgen, wenn die Durchführung des Prozesses mit allen zu Gebote stehenden Zwangsmaßnahmen vom Parlament gesichert ist. Auch die Vollstreckung eines Urteils soll gesichert sein. Ferner wird beschlossen, die Vorführung der beiden Angeklagten Lindau und Schumann zum nächsten Termin anzuordnen. Zur Begründung der Entscheidung führte Senatspräsident Dr. Niedner aus, daß sich die Notwendigkeit der Vertagung daraus ergebe, daß gegenüber den Abgeordneten des Reichstages eine Zwangsmaßnahme verlag sei. Zum Schluß seiner Begründung gab Senatspräsident Niedner folgende Erklärung ab: Der Bestand der deutschen Republik beruht auf der Durchführung des Rechtes. Wird dies nicht erfolgreich gewährleistet, so gibt sich die Republik selbst auf. In voller Erkenntnis dieses fundamentalen Grundgesetzes hat das Reichsgericht alles getan, um den gegenwärtigen Prozeß, dessen Ausgang von unermesslicher Bedeutung ist, endlich zur Durchführung zu bringen.

Zwischenfall bei der Eröffnung des Dänischen Reichstags.

Kopenhagen. Bei der Reichstagsöffnung demonstrierten zwei junge Kommunisten, indem sie Schimpfworte gegen die Regierung ausließen und Plakate in den Saal warfen. Beide wurden verhaftet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

Der neue Oberpräsident der Provinz Sachsen, Prof. Dr. Waentig, wurde jetzt in sein Amt eingeführt. Der preussische Innenminister Grzesinski sagte dabei, der Oberpräsidenten seien der Staatsregierung dafür verantwortlich, daß sowohl die eigene Verwaltung wie die Verwaltungen, deren Oberaufsicht den Oberpräsidenten obliegt, in dem von der Staatsregierung für erforderlich gehaltenen politischen Sinne geführt werden. Bei aller Wahrung der Staatsautorität müßten sie aber ausgleichend wirken und dafür sorgen, daß die Behörden und ihre Mitglieder sich stets bewußt bleiben, Diener und nicht Bevormunder, Förderer und nicht Hemmer des Volkes zu sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Am Sonntag wurde in Lodz, offenbar von Vertretern, ein Teil der Fahne des deutschen Konsulats abgerissen. Der polnische Wojwode und die polnische Regierung haben dem deutschen Konsul ihr Bedauern ausgedrückt.

Hamburg. Die Bürgerschaft genehmigte die neue Beamtenbesoldungsordnung, deren Mehrkosten auf 20 Millionen Mark veranschlagt sind.

Wien. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel hat sich nach Karlsruhe begeben, wo er auf den Hochschulkursen für Sozialpolitik einen Vortrag über Völkergemeinschaft als Ziel und Aufgabe halten wird. Mittwoch abend spricht Dr. Seipel in München über die Grundlinien der österreichischen Politik.

Brüssel. Die amerikanischen Legionäre haben eine Abordnung nach Brüssel geschickt, die hier in der üblichen Weise empfangen und herumgeführt wurde.

Reval. Der aus Genf heimgekehrte estländische Außenminister Dr. Mel erklärte, seine Verhandlungen mit Dr. Stresemann in Berlin hätten den deutsch-estländischen Handelsvertrag bedeutend gefördert, wenn auch noch keine endgültige Lösung gefunden worden sei.



Das große Brauen

ROMAN von H.A. von BYERN

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU

(12. Fortsetzung.)

„Alterle, unser Hochzeitsreis' machen wir nach Indien, im Frühjahr san ma wieder z'ruck, dann kommt d' zu uns.“ ... „So eine Frage! Eine Rennbahn könnte man hier einrichten!“ ... „Hat auch der Erzherzog Leopold Salvator immer drin g'wohnt, wenn er zur Jagd nach Kerejz-Erdö kam.“ ... „Ich möchte nicht leben, wenn ich nicht mehr jagen könnte!“ ... „So passioniert sind Sie?“ ... „Die Jagd ist mir alles, alles...“ ... „Grad wie mir!“ ... „Wollen Sie mal meinen Sechzehnder sehen und die beiden Zwölfer vom Binzeng?“ ... „Und den haben Sie geschossen, Gräfin?“ ... „Ja, ich!“

„So eine Frage! Eine Rennbahn könnte man hier einrichten!“ ... „Hat auch der Erzherzog Leopold Salvator immer drin g'wohnt, wenn er zur Jagd nach Kerejz-Erdö kam.“ ... „Wird prompt besorgt!“ ... „Erlauben S', Baron — Graf Andrássy! Graf Schönborn!“ ... „So passioniert sind Sie?“ ... „Die Jagd ist mir alles, alles...“ ... „Grad wie mir!“ ... „Wollen Sie mal meinen Sechzehnder sehen und die beiden Zwölfer vom Binzeng?“ ... „Und den haben Sie geschossen, Gräfin?“ ... „Ja, ich!“

„Ich möchte nicht leben, wenn ich nicht mehr jagen könnte!“ In dem Ton der Stimme lag etwas, das mich aufblicken ließ:



„So passioniert sind Sie?“ ... „Die Jagd ist mir alles, alles...“ ... „Grad wie mir!“ ... „Wollen Sie mal meinen Sechzehnder sehen und die beiden Zwölfer vom Binzeng?“ ... „Und den haben Sie geschossen, Gräfin?“ ... „Ja, ich!“

(Fortsetzung folgt.)

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Schwerer Flugunfall Lewines. Die Miß Columbia für den Weiterflug unbrauchbar. Rom, 4. Oktober. Die Miß Columbia, die heute um 15 Uhr mit Lewine, Hinfischliffe und dem Herzog von Orleans an Bord zum Fluge nach Butarejt gestartet war, mußte infolge Motordefekts bei Ciampino eine Notlandung vornehmen.

Abflauen der Typhusepidemie in Münsterberg. Nach den letzten amtlichen Feststellungen über die Typhuserkrankungen im Kreise Münsterberg beträgt die Zahl der Erkrankten 130. Sechs Erkrankte sind gestorben und 38 in den letzten Tagen als geheilt entlassen worden.

Mit Mann und Maus untergegangen. Kopenhagen, 5. Oktober. Der Dampfer Hernod, der mit einer Erzladung von Helsingfors nach Kordis unterwegs war, scheint bei dem gestrigen Sturm in der Nordsee mit Mann und Maus untergegangen zu sein.

Schiffe gegen ein Pajsherauto. Oberleutensdorf. Dieser Tage kam ein gedecktes Personenauto beim ersten Morgengrauen mit ziemlicher Geschwindigkeit durch das Erzgebirgsdörfchen Göhren gegen Oberleutensdorf gefahren.

nachgesandt. Das Auto begann schon nach einigen Schüssen zu schleudern. Durch die defekte Pneumatik sprang das Auto von einer Seite zur anderen, so daß sich die Insassen genötigt sahen, durch Auswerfen ihres Palastes ihre Flucht talabwärts zu ermöglichen.

Aus der Geschäftswelt. Weiches Wasser für die Wäsche!

Das Regenfaß mit seinem Inhalt an schönem weichen Wasser gehört längst zur Dohle der Kleinstadt. In der Großstadt mit ihrem Raum- und Wohnungsmangel ist die Hausfrau beim Waschen auf das Leitungswasser angewiesen. Das Leitungswasser aber unterscheidet sich in seiner Zusammenlegung und Beschaffenheit vom Regenwasser sehr.

Welt und Wissen.

w. Fedor von Bobeltitz. Fedor von Bobeltitz, der am 5. Oktober das 70. Lebensjahr vollendet, und sein vor mehreren Jahren verstorbenen älteren Bruder Hanns hatten nahezu die gleichen Lebens- und wenn man so sagen kann, auch die gleichen literarischen Schicksale.

w. Beginn des Telephondienstes Kanada-England. Das englische Postministerium kündigt an, daß der Telephondienst zwischen Großbritannien und Kanada beginnt.

w. Svante Arrhenius gestorben. Der schwedische Nobelpreis-träger Professor Svante Arrhenius ist in seinem Heim im Nobel-Institut bei Stockholm im Alter von 68 Jahren gestorben.

Reich und Länder.

Eine sehr interessante Besprechung hat zwischen den Mitgliedern der Reichsregierung und den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden, eine Besprechung, die durchaus nicht mehr überraschend gekommen ist. Es handelt sich um Streitfragen, die nicht von gestern auf heute entstanden sind, sondern die seit jenem Tage bestehen, als die neue Reichsverfassung das Verhältnis zwischen Reich und Ländern gewaltig verschob und die sog. Erzberger'sche Steuerreform 1919 die einschneidenden Folgen daraus zog. War früher, um einen Bismarck'schen Ausdruck zu gebrauchen, das Reich nur der Kostgänger der Einzelstaaten, so lehrte sich dieses Verhältnis um, seitdem die wichtigsten Steuern in die Hand des Reiches kamen. Diesen „Verreicherungs“-Bestrebungen, wie die unschöne Bezeichnung lautet, wenn man das Wort „Zentralisierung“ nicht gebrauchen will, lagen neben allgemeinen politischen Anschauungen vor allem die sich als Versailles ergebenden finanziellen Verpflichtungen des Reiches zugrunde, denn dieses würde Hauptschuldner der Entente, die Länder waren nur Zusatzgaranten der Versailles Zahlungsverpflichtungen.

Die Kämpfe um den Finanzausgleich sind ja bekannt genug und wurden erst im Frühjahr 1927 mühsam und zum mindesten halbwegs beigelegt. Die Neuordnung der Beamtenbesoldung, weiter gewisse Befürchtungen der Länder und Kommunen hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des künftigen Reichsschulgesetzes führten nun aber dazu, daß die Länder neue Forderungen an das Reich stellten. Das kommende Steuerrahmengesetz, das namentlich in Bayern auf heftige Kritik gestoßen ist, gehörte ebenso zum Gegenstand der Besprechung in jener Konferenz wie das finanziell so bedeutungsvolle Liquidationsschuldengesetz, das ja neue schwere Lasten auf die Schultern des Reiches legt und darum einen sehr erheblichen Einfluß auf die Verteilung der Steuereinkünfte und der Steuerquellen überhaupt ausüben wird.

Aber über das rein finanzielle Gebiet hinaus ist eine grundsätzliche Erweiterung des staatsrechtlichen Gesamtverhältnisses zwischen Reich und Ländern vorgesehen, und zwar in einer späteren Sonderstimmung. Natürlich wird auch hierbei die Abgrenzung der strittigen Finanzgebiete die Hauptrolle spielen; denn schließlich bleibt doch die so oft betonte Erhaltung des Eigenlebens der Länder eine leere Phrase, wenn sie nicht auch die zu diesem Eigenleben notwendigen Mittel entweder selbst im Besitz haben oder zum mindesten zur Verfügung gestellt erhalten. Freilich gilt hier ganz besonders das Dichterwort: „Doch hart im Raume stoßen sie die Sachen!“ Man kann gewiß nicht von einer irgendwie übermäßigen Ausdehnung der Verwaltungstätigkeit des Reiches sprechen, die erheblich höhere Mittel erfordert, sondern die wachsenden Anforderungen an den Reichsfiskus sind Zwangsverpflichtungen an das Ausland und das finanzielle Entgegenkommen des Reiches gegenüber den Ländern hat beispielsweise schon die überaus scharfe Kritik des Reparationsagenten herbeigeführt, über die sich ja Deutschland nicht hinwegsetzen darf.

Bei den Ländern hat natürlich auch sehr stark der stille Kampf verschärft, den der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gegen ihre Anleihepolitik schon des längeren führt. An und für sich — so muß man bei objektiver Betrachtung gestehen — entfällt der ganze staatsrechtliche Aufbau des Deutschen Reiches vieles, dem man ruhig die Bezeichnung „Unmöglichkeit“ geben kann. Die Folge ist ein Übermaß von Behörden, wobei die Hauptrolle die ganze historische Entwicklung Deutschlands spielt. Hieraus ergeben sich eine unzweifelhafte Kostspieligkeit und Undurchsichtigkeit, die zahlreichen „Kompetenzstreitigkeiten“, zu deren Schlichtung ja sogar ein eigener Gerichtshof besteht, usw. Über gerade weil hier historische entstanden und zu erklärende Stimmungen von großem Gewicht sind, wird eine künftige Neu- oder Umorganisation all dieser Fragen eine überaus schwierige Arbeit sein.

Reichsbesoldungsordnung und Länder.

Unter dem Vorsitz des preussischen Finanzministers Dr. Hölzer-Vothschow fand in den Räumen des preussischen Finanzministeriums eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt, die sich mit der Besoldungsreform und vornehmlich mit der Deckung der durch sie den Ländern entstehenden Kosten beschäftigte. Vertreter fast aller Länder waren anwesend, die ihre Berechnungen der erheblichen Mehrkosten vorlegten und übereinstimmend der Forderung Ausdruck gaben, daß das Reich nach Vorlage der neuen Besoldungsordnung nun auch die Pflicht habe, die Länder bei der Aufbringung der Kosten hinreichend zu unterstützen.

Keine Änderung des Finanzausgleiches.

Wie die Germania zu der Besprechung der Reichsfinanzminister der Länder über die Besoldungsreform und die Deckungsfrage erzählt, hat der Reichsfinanzminister Dr. Hölzer in dieser Sitzung erklärt, daß das Kabinetts einmütig seiner Meinung beigetreten sei, daß an eine Änderung des Finanzausgleichs im gegenwärtigen Augenblick nicht zu denken sei.

Schutz der Frau und Mutter.

Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine. Die 15. Generalversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine, die in Eisenach begonnen hat, ist von Teilnehmerinnen aus allen Gauen des Reiches überaus zahlreich besucht. Im Rahmen des Generalthemas der Verhandlungen, „Schutz der Frau und Mutter in der Ehe“, sprach, nachdem die erste Vorsitzende des Bundes, Frau Enders-Hamburg, die Begrüßungsansprache gehalten hatte, Frau Rechtsanwältin Dr. jur. Margarete Berent über das eheliche Güterrecht, dessen Neugestaltung sie dahin forderte, daß grundsätzlich eine Gütertrennung während der Ehe und eine Beteiligung beider Ehegatten an der Ertragskraft durchzuführen sei. Es wurde eine Entschließung angenommen, die im Sinne des Referates, namentlich bezüglich der Gütertrennung, gehalten ist und die Reichsregierung bittet, einen entsprechenden Gesetzesentwurf baldigt vorzulegen.

Über das Ehevertragsrecht referierte Frau Dr. Marie Münt. Sowohl aus ihren Darlegungen wie aus den Diskussionsreden von weiblichen Rechtsanwälten, Ärzten und Abgeordneten ergab sich, daß jede Änderung der Ehevertragsbestimmungen insbesondere die Frauen und Kinder davor bewahren müsse, daß sie durch Auflösung der Ehe feilischen Schäden und wirtschaftliche Not leiden. Die Verteilung der ehelichen Rechte dürfte sich nicht wie bisher allein nach der Schuldfrage in Scheidungsprozessen richten, zumal Ursache und Anlaß in dem Scheidungsprozeß vielfach umgedreht erscheinen. In einer öffentlichen Kundgebung sprach Frau Mittelschuldirektorin Feuerfack-Verlin und die Schriftleiterin der Monatschrift „Die Studentin“, Fräulein cand. phil. Gabriele Humbert, über „Die Stellung der Jugend zum Beruf“.

Schutz und Hilfe gegen die spinale Kinderlähmung.

Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehren teilt mit: Die spinale Kinderlähmung hat in einigen Teilen Deutschlands seit kurzem einen epidemischen Charakter angenommen und dadurch weite Kreise der Bevölkerung mit Furcht und Schrecken erfüllt. Wenn uns auch bis heute ein Heilserum gegen die Krankheit noch fehlt, so stehen wir ihr doch nicht machtlos gegenüber. Da zunächst der Sitz der Krankheitskeime und die Ausbreitungsweise von Mensch zu Mensch bekannt sind, so läßt sich durch Aufklärung und zweckmäßiges hygienisches Verhalten der Weiterverbreitung Einhalt tun. Hierbei ist die Zusammenarbeit von Arzt, Behörde und Publikum von besonderer Wichtigkeit. Durch den polizeilichen Meldezwang kommt jeder Fall zur behördlichen Kenntnis und werden von Amts wegen die nötigen Absonderungs- und Desinfektionsmaßnahmen eingeleitet. Deshalb ist es wichtig, daß vor allem das Publikum keine Krankheitsfälle zu verheimlichen sucht und schon bei geringstem Verdacht einen Arzt zu Rate zieht. Durch Merkblätter usw. wird die Bevölkerung über das Wesen und die Form der Krankheit ebenso wie über die zu beobachtenden Vorsichtsmahnahmen aufgeklärt.

Da sich die Krankheitserreger in den Körperausscheidungen vorfinden, so ist von allgemeinen hygienischen Maßnahmen besonders folgendes zu beachten: 1. Hüfte niemanden an. 2. Halte beim Husten oder Niesen stets ein Taschentuch vor den Mund. 3. Unterlasse unnötige nahe Verührung, wie z. B. das Schiffein. 4. Vermeide nur eigene Hand- und Taschentücher. 5. Halte deine Ohren- und Trichtergeräte abgedondert von denen des Kranken. 6. Wasche dir häufig die Hände. 7. Schütze die Speisen vor Fliegen und vernichte die Fliegen, wo du kannst; denn auch sie können die Krankheit übertragen. Die Befolgung dieser Vorschriften ist auch für Gesunde von größter Bedeutung, da diese, ohne selbst zu erkranken, doch Krankheitsüberträger und damit Weiterverbreiter der Erkrankung sein können.

Wenn so der Weiterverbreitung der Krankheit wirksam entgegen gearbeitet werden kann, so vermag andererseits auch der Arzt bei der schon ausgebrochenen Erkrankung häufig erfolgreiche Hilfe zu leisten. Hierher gehören neben der sonstigen Behandlung besonders elektrische und orthopädische Maßnahmen. Es ist durchaus falsch, anzunehmen, daß die gefährlichsten Lähmungserscheinungen eine notwendige Folge der Krankheit selbst sind, vielmehr kann in vielen Fällen die Verkrüppelung der Glieder durch geeignete Lagerung während der Krankheit verhütet werden.

Börse und Handel.

Antilche Berliner Notierungen vom 4. Oktober.

* Börsebericht. Tendenz: stark abgeschwächt. Die erwartete Erhöhung des Reichsbankdiskonts von 6 auf 7 Prozent machte die Börse nervös. Es gab Kursverluste auf allen Marktgebieten; am geringfügigsten waren sie bei Elektropapieren, die um 3-4 Prozent durchschnittlich verloren. Farben waren mit einem Kursabschlag von 7 Prozent (302 auf 295 Prozent) ebenfalls noch einigermaßen gehalten. Montanwerte büßten am meisten ein. Einzelne Spezialwerte gingen bis um 24 Prozent zurück. Die unsichere Stimmung hielt aber nicht an, da für Spezialwerte weiterhin Interesse bestand. Am Geldmarkt trat eine nennenswerte Entspannung nicht ein. Nach dem Zahltag war längliches Geld zwar etwas weniger gefragt, indessen erfuhr der leistungsfähige 8-9 Prozent im Zusammenhang mit der Reichsbankdiskont-erhöhung keine Ermäßigung. Monatsgeld stellte sich unverändert auf 8-9 Prozent. Der Privatdiskontsatz erfuhr eine Erhöhung von $\frac{1}{2}$ Prozent auf $\frac{3}{4}$ Prozent für beide Sichten, ist also nur $\frac{1}{8}$ Prozent niedriger als die neue offizielle Bankrate!

* Devisenbörse. Dollar 4,19-4,20; engl. Pfund 20,40-20,43; holl. Gulden 168,03-168,37; Danz. 81,38 bis 81,54; franz. Frank 16,44-16,48; Schweiz. 80,81 bis 80,97; Belg. 58,36-58,48; Italien 22,88-22,92; Schweiz. Krone 112,78-113,00; dän. 112,28-112,50; norweg. 110,39 bis 110,61; tschech. 12,42-12,44; österr. Schilling 59,12 bis 59,24; poln. Zloty (nicht amtlich) 46,82-47,02

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 4. Oktober. Die direkten Einforderungen waren für Weizen aus Grund der höheren Auslastungsteuer leuchtend gehalten, ohne daß sich dies im Markt auswirkte, da das zweitwichtigste Material angeht, der großen für Deutschland schwindenden und zum Teil schon sehr nahen Mengen Umfang anbot zu willigeren Forderungen hervorruft und damit auf das Warengeschäft drückt. Dieses bezieht sich ebenso wie auf Weizen auch auf Roggen. Vom Inlande sind beide Weizenfrüchte in geringen Qualitäten sehr stark, in gutem Material nur mäßig angeboten, ohne daß sich viel neues Geschäft entwickelte. Weichte somit aus dem Warenverkehr jede Anregung, so haben wohl die mäßig erhöhten amerikanischen Terminnotierungen eine leichte Stütze im Zeitgeschäft geboten, so daß sich die Anfangskurse für Weizen mehr als für Roggen leicht erhöhten. Für letzteren war März wieder angeboten. Bemerkenswert ist, daß das Weizenmehlgeschäft angeblich bei einzelnen Mühlen für nahe und spätere Ablieferung lebhafter gegangen sein soll. Gerste ruhig, Hafer etwas besser gefragt und stetig, Mais wenig verändert bei kleinen Umläufen.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	4. 10.	3. 10.		4. 10.	3. 10.
Weiz., märk.	251-255	250-254	Weizfl.-Brl.	14,2-14,5	14,2-14,5
pommersch.			Moggl.-Wrl.	14,2-14,5	14,2-14,5
Hoog., märk.	232-235	234-237	Raps	305-315	300-310
pommersch.			Leinfaat		
westpreuß.			Witt.-Erbfen	49-58	49-58
Braugerste	218-265	218-265	St. Speiserb.	28-31	28-31
Futtergerste	217-224	217-224	Futtererbsen	21-22	21-22
Hafer, märk.	197-211	196-210	Peluschken	21,0-22,0	21-22
pommersch.			Ackerbohnen	22-23	22-23
westpreuß.			Widen	22,0-24,0	22,0-24,0
Weizenmehl			Lupin., blawe	15-16	15-16
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe		
Wn. br. inf.			Serabella		
Sac (feinst.)			Rapsstuchen	15,8-16,0	16,0-16,4
Mrt. u. Not.	32,0-35,5	32,0-35,5	Leinluchten	22,3-22,7	22,4-22,8
Roggenmehl			Erbsenschl.		
100 kg fr.			Soya-Ertr.	19,7-20,3	19,8-20,4
Berlin br. inf.			Torfml. 30/70		
Sac	31,2-33,2	31,5-33,5	Kartoffelschl.	22,6-23,0	22,6-23,0

* Butterpreise. 1. Qualität 186, 2. Qualität 168, abfallende Sorten 151 Mark

* Abnahme der Konkurse. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im September d. J. durch den Reichsanzeiger 360 neue Konkurse — ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung — und 97 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 407 bzw. 146.

Arbeiter und Angestellte.

Waldenburg. (Schiedspruch für den nieder-schlesischen Bergbau.) Nach schlußständigen Verhandlungen wurde in dem vom Schlichter für den Bezirk Niederschlesien anberaumten Termin über die Lohnforderungen im nieder-schlesischen Bergbau ein Schiedspruch gefällt, der die bisherigen Tarifschichtlöhne und die reinen Gedingelöhne mit Wirkung vom 1. Oktober um 6 Prozent erhöht. Gedinge- und Leistungszulagen, die auf Schichtlöhnen aufgebaut sind, bleiben in gleicher Höhe bestehen. Diese Neuregelung der Löhne gilt bis zum 30. Juni 1928.

Gegen die Einfuhr russischer Kartoffeln.

Der Mecklenburgische Bauernverein hat an die Reichszentrale der Vereinigten Bauernvereine in Berlin und an die Landwirtschaftskammer zu Rostock ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der russischen Regierung soll von der Reichsregierung die Genehmigung zur Einfuhr von acht Millionen Zentnern Stärkekartoffeln zugesagt worden sein. Falls diese Nachricht tatsächlich zutrifft, so bedeutet diese Einfuhrbewilligung einen vernichtenden Schlag für die kartoffelbauenden Betriebe, die in erster Linie in den bäuerlichen und Kleinbäuerlichen Wirtschaften zu finden sind. Wir richten deshalb unser dringendstes Ersuchen an Sie, sofort hierüber Aufklärung zu schaffen und unter Umständen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diese der deutschen Landwirtschaft drohende schwere Gefahr abzuwenden zu versuchen.

Tages-Chronik.

○ Geständnis in der Tannwalder Morbsache. Der Intendant Hausmann aus Hirschberg war vor einiger Zeit in seiner Wohnung erschossen aufgefunden und seine Frau unter dem Verdacht der Taterschaft verhaftet worden. Nunmehr hat Frau Hausmann, nachdem sie die Tat bisher geleugnet hatte, ein Geständnis abgelegt. Ihr Mann, der spät nach Hause gekommen sei, habe sie bei einer Auseinandersetzung mit dem Revolver bedroht; als sie ihm die Waffe entreißen wollte, habe diese sich entladen und Hausmann sei von dem Schuß tödlich getroffen worden.

○ Übersall im Walde. Im Käfertaler Walde bei Manheim wurde die Leiche der 20jährigen Kontoristin Anna Veder aus Rheinau gefunden. Die Leiche wies mehrere Schüsse in den Kopf auf, die Umstände, unter denen die Tote gefunden wurde, lassen darauf schließen, daß ein Mord vorliegt.

○ Erung durch Kamenzufas. In Cochem (Mosel) ist dem dort wohnenden Schlosser Johann Köpffel, der bei Kriegsausbruch an Bord des Kreuzers „Emden“ diente, vom preussischen Justizministerium eine Urkunde zugegangen, in der ihm geklärt wird, künftig den Namen Köpffel-Emden zu führen.

○ Schüsse auf einen Schnellzug. Der Schnellzug Biersen-Orleans ist beim Passieren eines Bahnüberganges von den Kugeln eines Jagdgewehres getroffen worden, die die Fensterscheiben eines Abteils durchschlugen und drei Kinder an Kopf und Schultern verletzten. Die Kinder wurden bei der Ankunft in Orleans in ärztliche Behandlung gebracht. Wie sich auf Grund der sofort eingeleiteten Nachforschungen ergeben hat, ist der Unfall auf die Unvorsichtigkeit eines Jägers zurückzuführen, der im Walde längs der Eisenbahnstrecke jagte.

○ Unangebrachte Schonung. Da in den letzten Jahren infolge der strengen Winter in Siebenbürgen zu viele Bären abgeschossen wurden, ist derzeit die Bärenjagd durch Ministerialverordnung verboten. Die Bewohner von Ghimesagat (Bezirk Cine) richteten kürzlich an zuständiger Stelle ein Gesuch um Aufhebung des Verbots ein, da sie durch die dreifach werdenden Bären zuviel zu leiden hätten. In drei Tagen zerrissen Bären auf dem Gebiet der Ortsgemeinde Kinder, Schafe und Schweine für den Gesamtwert von 20 000 Lei, desgleichen „auf einem einzigen Berg“ acht Stück Fackelhühner. Unter solchen Umständen fordern die Ghimesagater mit Recht, daß entweder der Staat ihnen die Verluste ersetzt oder das Verbot des Bärenabschießens zurückgezogen wird.

Bunte Tageschronik.

Paris. Auf dem Flugfeld von Sedan stürzte bei Schauflügen anlässlich der dort eröffneten Handels- und Industrieausstellung ein Flugzeug, auf dem ein Akrobat während des Fluges an einem Trapez arbeitete, ab. Flieger und Akrobat wurden schwer verletzt.

Madrid. Hier stieß ein Straßbahnwagen mit einem mit eisernen Trägern beladenen Lastwagen zusammen. Der Laster wurde zerstört, elf Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Irrsinniger Postbeamter zündet ein Dorf an.

Preßburg. Die Bewohner des im Preßburger Komitat liegenden Dorfes Dojcio erlebten vor einigen Tagen eine Schreckensnacht. Beim Postamt dieses Ortes war der Hilfsbeamte Rudolf Dubrava angestellt. Er war ein ruhiger und gelassener Mensch, der nicht viel Aufsehen erregte und nur zeitweise ein sonderbares Benehmen an den Tag legte. Vor einigen Wochen trat in seinem Benehmen eine Änderung ein. Er kaufte etwa 15 Schacheln Zündhölzer und verbrauchte diese, indem er ein Strohholz nach dem anderen anzündete, innerhalb zweier Stunden. Dies wiederholte sich nach einigen Tagen, so daß ihn der Amtsvorstand aus dem Dienst entließ. Seither lebte er bei seiner im Dorfe wohnenden alten Mutter. Vor einigen Tagen gegen Mitternacht wurden die Dorfbewohner durch Feueralarm aus tiefem Schlaf gerissen. Alles eilte auf die Straße und sah, daß ein großer Teil der Wirtschaftsgebäude in Flammen stand. Gleichzeitig lief die Mutter des entlassenen Postbeamten umher und schrie, daß ihr Sohn das Dorf angezündet habe. Er selbst sei in einer Scheune verkrüppelt, die ebenfalls brenne. Die Feuerwehr des Ortes und der umliegenden Dörfer konnte den Unglücklichen noch retten, allerdings erlitt er lebensgefährliche Brandwunden. Ortsbewohner stürzten sich auf ihn, um Lynchjustiz zu üben, doch schützte ihn die Gendarmerie. Der Unglückliche, der an Brandstiftungsirrtum leidet, beteuerte seine Unschuld und bat um Gnade. Unterdessen war das halbe Dorf abgebrannt und ein Schaden von vielen Millionen Kronen angerichtet, der um so schwerer ist, als der größte Teil der Landwirte nicht versichert war. Dubrava wurde in das Gefängnis der Preßburger Staatsanwaltschaft gebracht, von wo er der Irrenanstalt übergeben wird.

Kongresse und Versammlungen.

k. Kongress des Bundes neutraler Angestelltenorganisationen. Der Internationale Bund neutraler Angestelltenorganisationen, dem zwölf Angestelltenverbände in acht Ländern angehören, veranstaltet am 8. und 9. Oktober in Berlin seinen zweiten Internationalen Kongress.

Wett und Wissen.

w. Tod zweier Tübinger Gelehrten. Geheimrat Hofrat Ernst von Sieglin, Ehrendoktor und Ehrensenator der Universität Tübingen, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Von seinen Ausgrabungen in Alexandria stammen archäologische Sammlungen in Stuttgart, Tübingen und Leipzig. — Universitätsprofessor Dr. Wilhelm von Blume, Tübingen, der im Jahre 1919 von der württembergischen Regierung mit der Untersuchung der neuen Verfassung betraut wurde, ist in Vad Hohenack an den Folgen einer Lungenentzündung im Alter von 61 Jahren gestorben.

Französische Einbürgerungspolitik

Von Dr. P. A. Schulz-Wilmersdorf, Paris.

Die Fragen der Bevölkerungsbewegung sind für Frankreich von zukunfts- und schicksalgestaltender Bedeutung. Die durch den Weltkrieg und die kolonialen Feldzüge besonders in Marokko und Syrien geflohenen Tiden im Bevölkerungsbestand konnten trotz aller erdenklichen rechtlichen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen von innen her, d. h. durch Geburtenüberschuß, nicht ausgefüllt werden. So half man sich durch Ergänzung von außen her, also durch Einschmelzung fremden Volksguts über die bevölkerungspolitischen Schwierigkeiten hinweg. Die nach dem Kriege einsetzende starke Einwanderung von Italienern, Spaniern, Belgiern, Russen, Polen, Tschechen usw. ermöglichte eine Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts im Bevölkerungsbestand, zumal die Einschmelzung bei den romanischen und slawischen Einwanderungselementen meist sehr schnell vor sich ging. Entfällt doch von den über drei Millionen in Frankreich ansässigen Ausländern fast ein Drittel auf den italienischen Anteil, der bis zur Eroberung der politischen Macht durch den italienischen Faschismus die angieichungsfähigsten Neubürger stellte. Die letzte Volkszählung schließt daher mit einem Zuwachs von 60 000 Einwohnern gegenüber dem vorletzten Bestandsausweise ab. Durch eine geschickte Einbürgerungspolitik also wurde trotz sinkender Tendenz der Geburtenbewegung das Gleichgewicht im Bevölkerungsbestand nicht nur wiederhergestellt, sondern sogar überschritten.

Aber bald zeigten sich die Schattenseiten einer allzu großzügigen Aufnahme Fremdstämmiger in den französischen Staatsverband. Die neuen Mitbürger bildeten zuweilen geschlossene Siedelungen, welche die Erhaltung und Pflege der Sprache und Sitten des Ursprungslandes begünstigten. So haben sich besonders in Südfrankreich die naturalisierten Italiener zu eigenen Kulturgemeinschaften zusammengeschlossen, ermutigt und unterstützt durch volkliche Strömungen in Italien. Andererseits waren die neuangewonnenen Staatsbürger beruflich und sittlich nicht immer von der ersten Güte. Kurzum, die französische Verwaltung sollte bald erkennen, daß ungeachtet der Notwendigkeit von Einbürgerungen eine gewisse Auswahl unter den aufnahmewilligen Einwanderern am Platze wäre.

Hier soll nun das neue Staatsangehörigkeitsgesetz (code de nationalité et de nationalisation) einen festen Rahmen schaffen. Es enthält vom französischen Standpunkt aus unteilbare Vorteile und bedeutet einen zweifellosen Erfolg der Regierung. Die Grundgedanken des neuen Gesetzes, zu dem die Ausführungsbestimmungen soeben ergangen sind, lassen sich, wie folgt, zusammenfassen:

Für die Folge ist nicht mehr lediglich die Staatsangehörigkeit des Mannes für die Staatsangehörigkeit der Frau und der Kinder bestimmend. Daneben gewinnt der Wille der Frau rechtserzeugenden Wert; das ist ein Gedanke, der auch in Deutschland bereits die Fachkreise beschäftigt. Die an einen in Frankreich ansässigen Ausländer verheiratete Französin kann für ihre französische Staatsangehörigkeit behalten. Ja sie kann sogar ihre durch Eheschließung untergegangene französische Staatsangehörigkeit zurückerwerben, wenn sie zwei Jahre vor Inkraftsetzung des neuen Gesetzes ihren ehelichen Wohnsitz in Frankreich begründet hat. Allerdings bedarf sie zur Rückgewinnung der französischen Staatsbürgerrechte der Zustimmung des Ehegatten. Einfache Erklärung zu Protokoll des Standesbeamten genügt.

Die Kinder einer Französin werden ohne weiteres französische Staatsangehörige, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Vaters. Dagegen wird den Abkömmlingen von beiderseits ausländischen, in Frankreich

anässigen Eltern ein Optionsrecht (faculté d'option) gewährt, wonach sie zwischen der französischen Staatsangehörigkeit und der Staatsangehörigkeit der Eltern wählen können. Die Mündigkeit für die Staatsangehörigkeitswahl beginnt mit dem vollendeten 18. Lebensjahre. Das bürgerliche Recht (Code civil), das die volle Geschäftsfähigkeit auf das vollendete 21. Lebensjahr setzt, erleidet also für die Zwecke der Naturalisationsvereinfachung eine Ausnahme. Allerdings benötigt der noch nicht 21 Jahre alte Einbürgerungswillige die Zustimmung des Vaters oder des gesetzlichen Vertreters. Gegebenenfalls ist ein Familienrat zu berufen, dessen Zustimmung die Weigerung des gesetzlichen Vertreters ersetzt. Das Gesuch um Aufnahme in den französischen Staatsverband kann behördlicherseits nicht zurückgewiesen werden, wenn der Wahlmündige, zwar nicht in Frankreich geboren, aber doch französische Schulen besucht hat oder sonst nach Sprache, Sitte und Bestrebungen im französischen Kulturempfinden wurzelt. Die militärische Dienstpflicht muß alsdann im französischen Land- oder Seehere erfüllt werden.

Für Bewerber, die ihrer militärischen Dienstpflicht in französischen Einheiten bereits genügt haben oder Prüfungsscheinig französische Hochschulen besitzen, ist die Naturalisation vorübergehende Warte- und Probefrist (stage préalable) auf ein Jahr vermindert worden, während sie sonst drei Jahre beträgt. Aber auch für die nicht bevorzugten Bewerber kann die dreijährige Wartefrist auf Befürwortung der Landräte (Präfecten) zum Teil erlassen werden, wenn sich der Antragsteller nach seinen „sittlichen und beruflichen Eigenschaften als wertvolles Glied der Gesellschaft“ erweist. Dagegen ist Ausländern, die der französischen Sprache nicht mächtig sind, die Aufnahme zu verweigern, es sei denn, daß sie besondere Beweise einer Frankreich ergebenden Gesinnung erbringen können.

Der Eingebürgerte genießt alle Rechte des Altbürgers mit Einschluß des politischen Wahlrechts. Dagegen kann er erst zehn Jahre nach Erwerb der neuen Staatsangehörigkeit als Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften, in die Berufsverbände, Handels- und Landwirtschaftskammern, in die gerichtlichen Spruchkammern, in die gelehrten Körperschaften usw. gewählt oder berufen werden.

Eine bereits gewährte Einbürgerung kann durch gerichtliche Versahren wieder aberkannt werden, wenn sich der Neubürger Handlungen wider die Sicherheit des Staates zu Schulden kommen läßt. Die von der Regierung eingebrachte Fassung des Gesetzes wollte das gerichtliche Verfahrensverfahren auch auf die kraft des Pariser Vertrages durch völkerrechtlichen Gesamtakt einverleibten Neubürger (lies: Elsaß-Lothringer) erstrecken, um eine Waffe gegen die angeblich staatsfeindlich gesinnte Heimatabwanderung in Elsaß-Lothringen zu schmieden. Aber in letzter Stunde hat man sich eines Besseren besonnen und die gefährlichen Klippen einer Ausnahmegegesetzgebung vermieden. Dagegen hat es für die farbigen Untertanen in den französischen Schutzgebieten sein Bestehen bei den bisherigen Vorschriften des Erwerbes der französischen Staatsangehörigkeit.

Das behördliche Verfahren für Einbürgerungsgesuche ist wesentlich vereinfacht und beschleunigt worden. Geburtsurkunde und Auszug aus dem Personenstandsregister sind allgemein ausreichende Unterlagen für Naturalisationsanträge. Vereinfacht die Beschaffung des Auszugs aus dem Personenstandsregister Schwierigkeiten, so können notarielle Erklärungen vor dem Standesbeamten oder Taufbescheinigungen, Staatsangehörigkeitszeugnisse u. dergl. m. Erfahrdienste leisten, wie denn überhaupt die sehr nachgiebige Gestaltung der Verfahrensvorschriften ein hervorragendes Merkmal des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes bildet.

Wunder-Ecken

Leipzig Welle 357,1. — Dresden Welle 275,2.

Donnerstag, 6. Oktober.

16.30—18.00: Dresdener Funkhauskapelle. * 18.05—18.15: Steuerfunk. * 18.15—18.30: Aufwertungsamt. * 18.30 bis 18.55: Spanisch für Fortgeschrittene. * 19.00—19.30: Dr. W. Kummer: Als Biologe in der Dübener Heide. Beobachtungen in der Pflanzenwelt. * 19.30—20.00: Rektor C. Saage-Halle: Physiologische Beobachtungen am Spiegel. * 20.15: Hörspiel: „Das Käthchen von Heilbronn.“ Von Heinrich von Kleist. * 22.00: Funktranger. * 22.05: Pressebericht und Sportfunk. * 22.30: Fünfstille.

Berlin Welle 484 und ab 20.30 Welle 1250.

12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. * 16.00: Ober-Mag. Rat Dr. Nieme: Neue Erfahrungen mit Trockenheiß- und Kurzbeizverfahren. * 16.30: Andreas v. Adb, der Dichter des modernen Ungarns. Einleitung und Rezitationen: Dr. Walfried Lohmeyer. * 17.00—18.00: Dr. Veres Kammerorchester. Anschluß: Werbenachrichten. * 18.30: Dr.-Ing. Wilh. Scholtz: Technische Fortschritte im Automobilbau. * 19.05: Dr. Karl Sagemann: Die Kunst des Rundfunks (I. Theater, Film und Rundfunk). * 19.35: Prof. Dr. Ernst Säch, Leiter der Deutschen Hochschule für Politik: Deutschland, das Herz Europas. * 20.10: Sendespiele: „Die Gárdassfürstin.“ Operette in drei Teilen von Leo Stein und Bela Jenbach. Musik von Emmerich Kálmán. * 22.30—0.30: Tanzmusik.

Königs wusterhausen Welle 1250.

14.30—15.00: Allgem. Grundlagen der Krankenpf. * 15.00—15.30: Der Aufgabenteil für Nationalisierungsbetreibungen im Haushalt. Das Hausgerät. * 15.35—15.40: Wetter- und Vögelbericht. * 15.40—15.55: Kochanweisungen und Speisefolgen. * 16.00—16.30: Über Jugendpflege. * 16.30 bis 17.00: Erziehungsberatung. * 17.00—18.00: Nachmittagskonzert Berlin. * 18.00—18.30: Deutsche Musik in Siebenbürgen. * 18.30—18.55: Spanisch für Fortgeschrittene. * 18.55—19.20: Steuerliche Fragen des Bauernstandes. * 19.20—19.45: Hugo Wolf. * Übertragung Berlin. 20.10: Sendeoperette „Die Gárdassfürstin“ von Kálmán. * Stettin Welle 236,2: Gesamtes Berliner Programm.

Die Regerepublik Liberia.

Präsident King in Berlin.

Präsident King von Liberia ist in Berlin eingetroffen und ist als Gast der Reichsregierung in einem Berliner Hotel abgestiegen. Der Präsident, der den Dokortitel trägt, befindet sich schon seit mehreren Wochen auf einer großen Europafahrt, die ihn nach London, Paris und nach anderen Metropolen geführt hat und die eine Kluge Geschäftsziele zu sein scheint. Dr. King bemüht sich, die europäische Geschäfts- und Bankwelt für sein Land, einen „Negersaat“, der während des Weltkrieges auf der Seite unserer Feinde stand und der jetzt im Völkerbunde vertreten ist, zu interessieren. Europäisches Kapital soll u. a. den Bau von Automobilstraßen nach dem Innern Liberias ermöglichen und zur Hebung des Schulwesens im Freistaat beitragen. Die Eingeborenen stehen diesen Modernisierungsplänen ihres Oberhauptes nicht besonders freundlich gegenüber, da sie befürchten, daß auf guten Straßen der Steuereinnahmer leichter zu ihnen gelangen könnte, als das jetzt der Fall ist.

Der Staat Liberia, der eine englisch-amerikanische Gründung ist, konnte vor einigen Wochen sein achtzigjähriges Bestehen feiern. Noch vor der Aufhebung der amerikanischen Regereklaverei hatten philanthropische Engländer und Yankees Liberia als Kolonie für befreite Regereklaven eingerichtet, und diese Kolonie konstituierte sich im Juli 1847 als selbständiger Staat. Heute zählt Liberia etwa 2½ Millionen Einwohner, von denen nur etwa 50 000, und zwar nur die an der Küste wohnenden Neger, als einigermaßen zivilisiert gelten können; aber auch von diesen „Zivilisierten“ können kaum 2 Prozent lesen und schreiben. Weisse gibt es im ganzen Lande etwa 900, meistens Kaufleute und Missionare.

Vor ihrem Präsidenten haben die Neger einen großen Respekt, da er ein studierter Mann ist und die Zügel der Regierung fest in der Hand hält; er wird immer wiedergewählt und regiert beinahe wie ein wirklicher „King“ (König). Die Hauptstadt Liberias, Monrovia, hat etwa 10 000 Einwohner. Im übrigen ist der größte Teil des Landes noch Urwald, durch den nur schmale Pfade führen. Das Klima ist heiß und für Europäer kaum erträglich. Das Land war schon vor der Ankunft der importierten amerikanischen Neger ziemlich stark bevölkert, und es bildeten sich bald Gegensätze zwischen einheimischen und eingewanderten Negern heraus. Die eingewanderten Neger paßten sich aber rasch der „Unbildungsstufe“ der Eingeborenen an und sanken immer tiefer. Und diesem Staate gaben amerikanische Regerefreunde eine Verfassung, die sich an die der Vereinigten Staaten anlehnt! Wählen können allerdings nur Neger, die Grundbesitz haben, so daß der ganze Staat von einer verschwindenden Minderheit regiert wird. Amts-sprache ist das Englische, das die Neger in ihrer Weise sprechen. Das Land könnte alle tropischen Erzeugnisse — Palmöl, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Elfenbein, Ingwer usw. — in Fülle hervorbringen, aber die Bewohner sind träge und wollen nicht allzuviel arbeiten, und außerdem steht der Entwicklung des Handelsverkehrs der Mangel an Verkehrswegen im Wege. Richtige Straßen gibt es nur in einem Umkreis von 40 Kilometern von Monrovia (das Land umfaßt eine Fläche von 112 000 Quadratkilometer) und Eisenbahnen fehlen vollständig.

Filmzenur in Afrika.

Aus Monrovia (Britisch Ostafrika) kommt die Nachricht, daß die dortige Regierung es für nötig erachtet hat, für die Eingeborenen besondere Kinos einzurichten, damit diese nicht mehr auf die Lichtspielhäuser angewiesen sind, in denen die Weißen verkehren. Der Grund für diese Maßnahme ist darin zu suchen, daß die Regierung ihre schwarzen Untertanen vor dem verderblichen Einfluß des Films bewahren will. Zunächst ist diese Einrichtung nur zum Schutze der Afrikaner bestimmt, doch ist damit zu rechnen, daß nach und nach auch die anderen Negerpöcher dieses einwandfreie Kino besuchen sollen, während man es den Weißen weiterhin freistellt, ihre eigenen Filme zu sehen. Die Regierung hat eine Filmprüfstelle eingerichtet, die vorerst nur belehrende und humoristische Bilder zuläßt.

Steckenpferd Seife

die beste Milienmilchseife für zarte weiße Haut

Der Unfehlbarkeitsdünkel der Amerikaner

Von Johannes Gaulte, 3. Zi. Washington.

Noch lange wird der Fall Sacco-Banzetti als ein Musterbeispiel dafür gelten, daß Amerika, das als erster Staat die Menschenrechte in einer geradezu klassischen Form proklamiert hat, immer tiefer in einen starren Rechtsfetterschematismus gesunken ist. Ebenso offenbar wurde die Tatsache, daß die öffentliche Meinung in Amerika nichts gilt, daß der Rechts- wie der Verwaltungsschematismus nicht Raum läßt für menschliche Erwägungen. Der Staat ist alles, der Mensch nichts. Das Prestige des Staates muß vor allem und in jeder Lage durchgesetzt werden, mag darüber auch die Bürgerpflicht den schwersten Schädigungen und Gefahren ausgesetzt werden.

Die U. S. A. in der Welt voran! Amerika war bis zum Ausbruch des Krieges eine Weltmacht, heute ist es die Weltmacht schlechthin, der Gläubiger und damit der Diktator aller Länder. Seine imperialistische Einstellung gebot Amerika förmlich den Eintritt in den Krieg. Es durfte bei den Friedensverhandlungen nicht fehlen, um seine Macht zu dokumentieren. Daß man schließlich doch eine Dummheit, die hunderttausend Amerikaner das Leben gekostet hat, begangen hatte, durfte um des Prestiges willen nicht gelagt werden. Die Staatslenker der U. S. A. dünken sich eben unfehlbar! Es ist derselbe Geist, der jeden Richter spruch, selbst wenn er wie im Falle Sacco-Banzetti von der breitesten Öffentlichkeit als ein Fehlspruch empfunden wird, zu einem Dogma erhebt.

Zweifellos gibt es viele Amerikaner, die mit den Einrichtungen, Gesetzen und Rechtsansetzungen, selbst mit der Verfassung ihres Landes nicht in allen Punkten einverstanden sind, aber sie schweigen — aus Respekt vor eingewurzelten Vorurteilen. Außerdem ist die Verfassung eine Angelegenheit, an der nicht gerüttelt werden darf, obgleich sie mit einer Alterslast von 150 Jahren bepackt ist! Sie war von den Gründern der Union auf die Bedürfnisse eines kolonialen Staates zugeschnitten, vortrefflich redigiert, sie legte alle Macht in die Hand eines vom Volke erwählten Präsidenten. Mit der Machtentfaltung der U.S.A. wuchs auch die Macht des Staatsoberhauptes ins Ungemessene. Aber niemals wurde an dem Verfassungsschematismus gerüttelt, im Gegenteil wurde er von der jeweilig herrschenden Partei zur Durchsetzung ihrer Pläne benutzt. Um ein Gesetz zu verewigen, wurde es der Verfassung als Amendement angehängt. Mittlerweile hat man es auf 18 unantastbare Amendements gebracht!

Die letzte Ausgeburt amerikanischen Geistes ist das viel-erörtere, vielgeschmähte Prohibitions-Amendement. Die Väter dieses Gesetzes waren sich der Tragweite ihrer Handlung wohl bewußt, als sie es in der Verfassung verankerten. Nachdem die Prohibition einmal zum Dogma erhoben worden war, war es die Aufgabe des Staates, sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Das ist dann auch in so gründlicher Weise geschehen, daß der Alkohol aus der Öffentlichkeit verschwunden ist. Die großen Städte sind trocken gelegt. Es ist kaum möglich in Hotels, Restaurants und öffentlichen Verkaufsstellen alkoholische Getränke zu er-

halten. Daß es neben der sichtbaren Oberwelt auch eine nicht für jeden sichtbare Unterwelt gibt, in der geschmuggelte und gefälschte Getränke gegen schwere Bezahlung verabfolgt werden, ist eine Sache für sich. Den Vätern des Prohibitions-gesetzes ist diese Tatsache nicht unbekannt, sie wissen auch, daß es schließlich unmöglich ist, das narziotische Bedürfnis des Menschen zu unterdrücken. Dennoch weichen sie keinen Schritt von ihrem Standpunkt ab. Nun erst recht! Es ist derselbe Geist der Rechtshaberei und der Unfehlbarkeitsdünkel, der um des Prestiges willen die Rechtsprechung zu einer Farce macht, der das formale Recht sakrosankt erklärt — mag selbst die Welt darüber zugrunde gehen.

Der amerikanische Staat ist absolut, die Demokratie seine Attrappe. Das Volk rechnet nicht mit; eine „Wahlkreisgeometrie“, der gegenüber die des früheren Deutschland in nichts verinkt, sorgt dafür, daß alles beim Alten bleibt. Man bedenke, daß 3. B. der Staat New York mit seinen 12 Millionen Einwohnern zwei Senatoren in den Kongreß schickt, nicht mehr und nicht weniger als irgend ein hinterwäldischer Staat mit etwa einer halben Million Einwohner. Hier sind die Wurzeln der Korruption, die eine unvermeidliche Begleiterscheinung aller undurchführbaren Gesetze ist, zu suchen. Aber was kümmert es den businessman, der die Korruption als Basis für seine Geschäfte benutzt! „There is money in“ ist eine weitverbreitete Lebensart. Heute sind schon an der Auf-rechterhaltung der Zustände viel zu viele Menschen interessiert, als daß an eine Aenderung zu denken wäre — es sei denn, daß die Machtmittel des Staates nicht mehr ausreichen, die Korruption ausstrahlenden Gesetze zu schützen. Dann allerdings würde auch die Prohibition unter dem Gelächter der Welt verscharrt werden.

Rußlands Probemobilmachung.

Die vom russischen Arbeiter- und Verteidigungsrat ange-setzte Probemobilmachung der Sowjetunion wird zurzeit in den einzelnen Distrikten erfolgreich durchgeführt. Eröffnet wurde diese Maßnahme, wie die Krasnaja Gazeta kürzlich berichtete, Anfang September in Kasanien. Gleichzeitig wurden in der Gegend von Abzberdissan die diesjährigen russischen Herbstmanöver unter Hinzuziehung der im Schwarzen Meer stationierten Flottengeschwader abgehalten, teilweise unter erschwerenden Umständen. (Sturm und 52° Celsius Wärme usw.) Dennoch legten die mobilisierten Arbeiterbataillone angeblich „hohe moralische und politische Fähigkeiten“ an den Tag. Zum ersten Male sollen hierbei Luft-, Land- und Seestreitkräfte zu gemeinsamen Manövern eingesetzt worden sein. Auch Sebastopol wird demnächst in die Gescheitszone mit einbezogen werden. Der Mobilmachungs-apparat arbeitete „schnell und reibungslos“. Die ganze Krim glied einem einzigen Seerlager.

Sächsisches.

Einspruch von 11 Gemeinden gegen die Lehmühle-Talsperre.

Dresden. Die neue, im Bau befindliche Talsperre im Laufe der Wilden Weiserhölz am der Lehmühle gefährdet nach einer Mitteilung des Rates der Stadt Freital die Interessen Freitals, und aus diesem Grunde hat der Rat zugleich im Namen folgender Städte und Gemeinden: Freital, Rabenau, Tharandt, Coßmannsdorf, Hainsberg, Weißig, Burgwitz, Gittersee, Dölzsch, Besterwitz und Compitz Einspruch bei der Amtshauptmannschaft Dipoldiswalde gegen diesen Talsperrenbau erhoben, und zwar aus folgenden Gründen:

Nach der Planung soll die Sperre aus der Wilden Weiserhölz gespeist werden, die zurzeit der Klingenberg-Talsperre ihr Wasser zuführt. Damit ist ein unerlaubter Eingriff in schon erlaubte Wasserbenutzung gegeben. Wesentlicher noch ist die Beeinträchtigung öffentlicher Interessen nach § 27 des Wassergesetzes dadurch, daß die neue Sperre die genügende Wasserzuführung nach der Klingenberg-Talsperre in Frage stellt. Das ist aber außerordentlich bedenklich, weil diese der Trinkwasserzuführung nicht nur Freitals, sondern alle Gemeinden des Blauen Grundes dient, so daß in Zeiten großer Trockenheit die Lage katastrophal würde. Im Sinne des Gesetzes kann die geplante Wasserentnahme aus der Wilden Weiserhölz nicht unbedritten bleiben, denn es handelt sich dabei um eine Entnahme und Fortleitung von 233 Sekundentlitern — einer jährlichen Wassermenge von rund 7 1/2 Millionen Kubikmeter. Gegenüber einer Wassermenge von 32 Millionen Kubikmeter an der Lehmühle-Sperre bedeutet das eine Verringerung um rund 25 v. H. Nicht nur Freital, sondern alle Wasserbenutzungsberechtigten an der Wilden und der Vereinigten Weiserhölz werden somit aufs schwerste geschädigt. Ferner stellt das neue Unternehmen eine Unterbindung der Vorflut dar, die für die protezierenden Gemeinden eine Lebensnotwendigkeit ist. Die Vereinigte Weiserhölz ist für sie der natürliche Vorfluter.

Der Neuaufbau der sächsischen Arbeitsverwaltung.

Die Ausführungsbestimmungen zum neuen Arbeitslosgesetz. Auf Grund des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das bekanntlich am 1. Oktober d. J. in Kraft trat, hat soden das **Arbeits- und Wohlfahrtsministerium** eine erste Ausführungsverordnung und eine erste Ausführungsanweisung erlassen. Die **Ausführungsverordnung** bestimmt, wer in Sachsen als **Gemeinde** und **Gemeindeaufsichtsbehörde** zu gelten hat. Danach wird der neue Behördenaufbau in der Arbeitsverwaltung folgendermaßen aussehen:

Als Gemeinde gelten im Sinne der Arbeitslosenversicherung die Bezirksverbände und bezirksfreie Städte. Gemeindebehörde ist die Kreisshauptmannschaft als Staatsbehörde. Oberste Landesbehörde ist das **Arbeits- und Wohlfahrtsministerium**. Mit dieser Regelung folgt der organisatorische Aufbau in der Arbeitsverwaltung im großen und ganzen dem Vorbild des Behördenaufbaus in der **Wohlfahrtspflege**, was im Interesse des neuerdings immer dringender geforderten engen Zusammenarbeitens der kommunalen und sozialpolitischen Selbstverwaltungskörper besonders zu begrüßen ist.

Die gleiche Tendenz verfolgt die **erste Ausführungsanweisung** zu dieser Verordnung. Die Kreisshauptmannschaften als Gemeindeaufsichtsbehörden werden angewiesen, Vorbereitungen zu treffen, damit die Vertreter der **öffentlichen Körperschaften** im Verwaltungsausschuß der Arbeitsämter schon bald nach dem 1. Oktober d. J. bestellt werden können. Dabei sollen nicht nur die bisherigen, sondern mit der Arbeitsvermittlung und Erwerbslospflege beschäftigten behördlichen Stellen, sondern auch diejenigen Stellen der öffentlichen Körperschaften vertreten sein, deren Arbeitsgebiete das Tätigkeitsfeld der Arbeitsämter berühren, z. B. die Organe der öffentlichen Fürsorge, die Jugendämter, die Schulbehörden usw.

Der Neuaufbau in der Arbeitsverwaltung wird in erster Linie den **erwerbslosen Jugendlichen** zugute kommen, für die bisher nur in den Großstädten und auch hier nicht umfassend gesorgt worden ist. Durch die Ermöglichung eines engen Zusammenarbeitens von Arbeitsamt und Schulbehörden wird auch ein weiterer Ausbau der **Berufsberatung** erleichtert. Sodann wird sich die Neuorganisation günstig auf die allgemeine Fürsorge, vor allem hinsichtlich der zweckmäßigsten Behandlung der **ausgesteuerten Erwerbslosen**, auswirken.

Eine sächsische Wohlfahrtsstatistik.

Beröffentlichung des Statistischen Landesamtes.

Erstmals ist im Freistaat Sachsen im Jahre 1925 eine Erhebung durchgeführt worden, die sich zur Aufgabe gestellt hat, genaue Zahlen über die in den einzelnen Zweigen der **amtlichen Wohlfahrtspflege** betreuten Personen zu ermitteln. Das **Statistische Landesamt** hat in ständiger Verbindung mit dem **Arbeits- und Wohlfahrtsministerium** die Zahlungsergebnisse bearbeitet und veröffentlicht soden eine **Gesamtübersicht** über das Ergebnis des Rechnungsjahrs 1925, das geeignet ist, gewisse Schlüsse auf die Leistungen der Wohlfahrtspflege zuzulassen.

Hieraus wurden von den **Bezirksfürsorgeverbänden** betreit: 105 913 Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, 82 177 Sozialrentner, 59 091 Kleinrentner, 76 724 Hilfsbedürftige, 7226 Geistesranke, 285 Taubstumme und Ertaubte, 374 Blinde, 3980 sonstige. Diese Zahlen erhöhen sich um insgesamt 47 724, für die eine Trennung nach den einzelnen Untergruppen nicht möglich war. Von der **Amtsvormundschaft** wurden erfaßt 65 947. Im **Pflegekinderwesen** waren 41 624, in der **Schuldinderpflege** 84 592. In **Fürsorgeerziehung** wurden genommen: 8166 durch vormundschastsgeschäftlichen Beschluß und 1235 ohne gerichtliche Anordnung der Fürsorgeerziehung. **Schulaußsichten** bestanden über 4238 Jugendliche. In der **Gefährdetenfürsorge** wurden 2072, in der **Geschlechtskrankenfürsorge** 12 403, in der **Trinkerfürsorge** 2596, in der **Krüppelhilfe** 12 894, in der **Wandererfürsorge** 117 552 und in der **Strafentlassenenfürsorge** 669 Personen betreut.

Es ist zu beachten, daß diese Uebersicht kein vollständiges Bild über die Leistungen der Wohlfahrtspflege gibt, da die Leistungen der **freien Wohlfahrtspflege** fehlen, die die amtliche Wohlfahrts-pflege unterföhrt. In viele Aufgabengebiete teilen sich amtliche und freie Wohlfahrtspflege, so daß gerade deshalb auch die genauen Zahlen der von der freien Wohlfahrtspflege betreuten Personen sich schwer ermitteln lassen, wenn Doppeltzählungen vermieden werden sollen. Diese Gefahr besteht auch bei der Trennung der Hilfsbedürftigen nach Gruppen, da mancher Hilfsbedürftige oft in mehreren Gruppen geführt wird, z. B. ein Geschlechtskranker, der Fürsorgeunterstützung bezieht. Deshalb ist es nicht zugänglich, die Zahl der Hilfsbedürftigen aller Gruppen zusammenzuföhren. Ueber Zunahme und Abnahme der Zahl der Hilfsbedürftigen kann auch solange kein richtiges Bild gewonnen werden, als hierfür noch nicht die statistischen Ergebnisse anderer Jahre vorliegen.

Trotz dieser vielfachen Schwierigkeiten und Bedenken gegen eine einwandfreie statistische Erfassung aller von der öffentlichen Wohlfahrtspflege betreuten Personen ermöglicht die Uebersicht doch einen wertvollen Einblick in die Tätigkeit der Wohlfahrts-

und Jugendämter und vor allem auch einen Vergleich der ganz verschieden Belastung der amtlichen Wohlfahrtspflege in den einzelnen Gruppen. Man beachte nur die hohen Zahlen in der Wandererfürsorge!

Zur Durchführung des Reichsgesetzes v. 18. Februar 1927 zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Freistaat Sachsen.

Am 1. Oktober d. J. trat das neue Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Kraft. Es bringt die Pflicht für die Kranken, sich, und zwar von einem approbierten Arzt, behandeln zu lassen. Es bringt unter Umständen den Behandlungszwang für Personen, die dringend verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Geschlechtskrankheiten weiter zu verbreiten. Es bringt das Verbot dieser Behandlung durch Nichtärzte und bringt schließlich die Aufhebung der Sittenpolizei alten Stils und damit des Ausnahmeregimes zu Ungunsten der Frau.

Der Freistaat Sachsen hat durch seine neuzeitliche Wohlfahrts-gesetzgebung die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und die damit eng zusammenhängende Gefährdetenfürsorge zu einer Pflichtaufgabe der Bezirksfürsorgeverbände gemacht. Die finanziellen Auswirkungen des neuen Gesetzes sind damit für Sachsen im wesentlichen erledigt. Die öffentlichen, jedermann kostenlos zugänglichen Beratungsstellen hat in dankenswerter und hoch anzuerkennender Weise die Landesversicherungsanstalt Sachsen im Kriege eingerichtet und seitdem erhalten. Die Ausführungsverordnung bestätigt diese vorbildliche Einrichtung: Als Beratungsstellen im Sinne des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gelten die von der Landesversicherungsanstalt eingerichteten Stellen. Die Landesversicherungsanstalt hat sich erfreulicherweise bereit erklärt, diese Aufgabe der Bezirksfürsorgeverbände unter gewissen Voraussetzungen weiter zu übernehmen.

Gesundheitsbehörde im Sinne des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist die für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zuständige Behörde des Bezirksfürsorgeverbandes, die bei ihrer Tätigkeit die Mitwirkung der Bezirksärzte sicherzustellen hat. Bei Durchführung eines Heilverfahrens in einem Krankenhaus muß außer der fürsorgeerzähigen Betreuung die Mitwirkung eines Facharztes gesichert sein. Die Krankenhausverwaltung ist befugt, bei zwangsweiser Unterbringung die zur Heilung und zum Schutz vor Ansteckung notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die vorgeschriebenen Anzeigen haben auf den vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenen Vordruck zu geschehen. Allen Ärzten Sachsens und den Bezirksfürsorgeverbänden werden in den nächsten Tagen diese Druckfachen (Vordrucke, Merkblätter usw.) zugehen. Die bei den Gesundheitsbehörden und den Beratungsstellen und überhaupt bei der Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tätigen Personen sind zur vorgeschriebenen Verschwiegenheit ausdrücklich zu verpflichten. Aufgehoben werden die auf die Ueberwachung der gewerbsmäßigen Unzucht gerichteten Bestimmungen und Anweisungen.

In erster Linie werden es die Ärzte und die Frauen sein, die den erhofften Erfolg des neuen Gesetzes zu verbürgen haben. Möchte der neue Geist, der das Gesetzeswerk durchdringt, auf alle übergehen, die zur Mitarbeit auf diesem für die Zukunft unseres Volkes so bedeutungsvollen Gebiete berufen sind.

Die sächsische Regierung und der Reichsschulgesehtwurf.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat entgegen von anderer Seite verbreiteter Meldung im sächsischen Kabinett nicht nur der demokratische Innenminister Dr. Apelt gegen den Reichsschulgesehtwurf gestimmt, sondern auch die beiden sozialdemokratischen Minister Heldt und Eisner, während die vier übrigen Minister einen Widerspruch nicht erhoben haben.

Kann ein Fernsprechanhluß verkauft werden?

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit: „Telephon abzugeben“, „Telephon gesucht“ oder „Ehe Sie Ihren Fernsprechanhluß abgeben, überlassen Sie ihn mir“ und ähnliche Anzeigen finden sich oft im Anzeigeenteil der Tageszeitungen. Der Anbietende und der Nachfragende versuchen beide der Deutschen Reichspost ein Schnippen zu schlagen: der eine möchte einen Teil der Einrichtungsgebühren sparen, während der Anbietende hofft, auf diese Weise zum Teil wieder zu dem Gelde zu kommen, das er für die erstmalige Einrichtung seines Fernsprechers aufwenden mußte. Dieser Versuch muß fehlschlagen. Fernsprechanhlüsse sind Eigentum der Deutschen Reichspost und als Teile des öffentlichen Fernsprechnetzes unüberäußerlich. Ein Fernsprechanhluß kann nur auf den Wohnungszug oder Geschäftszugfolger übertragen werden. Hierzu ist stets die Zustimmung der Deutschen Reichspost erforderlich. Wer sich also auf andere Weise einen Fernsprechanhluß zu verschaffen sucht, läuft immer Gefahr, dafür zwecklos Kosten aufgewendet zu haben, da die Deutsche Reichspost nach der Fernsprechnormung in solchen Fällen das Anschlußverhältnis nicht anerkennt und die Anschlüsse ohne Kündigung aufheben läßt. Es wird daher empfohlen, sich an das zuständige Fernsprechamt zu wenden, wenn man sich einen Anschluß neu einrichten oder von einem anderen Inhaber auf sich übertragen lassen will.

Zehn Gebote für Raucher.

Den Ausführungen einer spanischen medizinischen Zeitschrift, die sich mit den gesundheitlichen Gefahren des Tabakrauchens beschäftigt, entnimmt der **Ämtliche Preussische PresseDienst** folgende zehn Gebote für den Tabakraucher, die der deutschen Raucherwelt zur Beachtung empfohlen seien: 1. Nimmt man Tabak, der möglichst wenig Nikotin enthält. 2. Das Rauchen ist schädlich bei allen denjenigen Menschen, die an schlechter Verdauung leiden und bei Bronchial- oder Lungenkatarrh neigen, ganz allgemein bei allen denjenigen, bei denen der Genuß der Zigarre übermäßige Speichelflussüberdrehungen hervorruft. Das Rauchen ist erlaubt bei allen denen, die viel reisen, gut und viel essen oder geistig und künstlerisch arbeiten. 3. Der Tabak muß trocken geräucht werden. Das Papier der Zigarette soll aus reinem Fasern bestehen ohne Verwendung von Leim. Solches Papier hinterläßt beim Verbrennen nur minimale Rückstände. 4. Gesundheitsschädlich ist das Rauchen mit nichterem Magen oder kurz vor dem Zubettgehen. 5. Unzweckmäßig ist das Rauchen während einer körperlichen Übung (Ballspiel, Laufen, Radfahren usw.). 6. Ein wichtiges und wertvolles hygienisches Vorbeugungsmittel ist die Anwendung des Mundstückes für Zigaretten und der Pfeife für den Tabak. 7. Um die schädlichen Wirkungen des feuchten Tabaks und des warmen Rauches zu vermeiden, ist die Verwendung einer Zigarettenpfeife zweckmäßig. Raucht man ohne Spitze, so empfiehlt es sich, die Zigarre wegzwerfen, sobald man mehr als die Hälfte geraucht hat. 8. Es ist schädlich, die Spitzen der Zigaretten zu kauen, weil dadurch die Speichelflussförderung vermehrt wird und die Schleimhäute der Lippen und der Zunge gereizt werden. 9. Rauchen durch die Lunge oder durch die Nase ist unter allen Umständen gesundheitsschädlich. 10. Um Zähne und Mund rein und frisch zu erhalten und die örtliche aiftige Wirke des Tabaks möglichst zu vermeiden, ist Gurgeln mit geeignetem Gurgelwasser und Zähneputzen zweckmäßig und notwendig.

Sächsischer Landtag.

Die Unwetterkatastrophe nochmals vor dem Landtag.

Dresden, 4. Oktober. Der Landtag beschäftigt sich heute in zweiter Lesung mit dem vorläufigen Teilbericht der Regierung über die **Hochwasserkatastrophe** und die dazugehörigen beiden Vorlagen. Zunächst erstattete Abg. Geiser (Soz.) den Bericht über die Ausschlußberatungen und empfahl Annahme der Mehrheitsanträge, die u. a. eine Erhöhung der angeforderten Beträge um 400 000 Mark auf 13 700 000 Mark, **Aufforstung des Erzgebirgskammes**, **Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft wegen Erbauung der Müglitztalbahn in Normalspur** und **10 Millionen Mark Reichshilfe** als erste Rate verlangen. Nach kurzen Mitteilungen des Mitberichterstatters Abg. Härtel (Volksrechtspartei) stellte Abg. Berg (Dn.) fest, daß der Bericht des sozialdemokratischen Redners kein objektives Bild von den Ausschlußberatungen gegeben habe. Es sei anerkannt worden, daß die Regierung ihre Pflicht getan habe. Viele der angeblichen hohen Schadenersprüche gehörten in das Reich der Zabel. Mit Recht wies Redner gegenüber den Anträgen der Linken darauf hin, daß man nicht mehr Geld verteilen könne, als zu beschaffen sei. Trotzdem vertrat danach der kommunistische Redner Abg. Siegel die weitgehenden Anträge seiner Partei. Abg. Koenig (D.V.P.) trat für Gewährung eines oder gering verzinslicher Darlehen zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft im zerstörten Gebiete ein, verlangte einen Hochwasserschutz auch für Geising und wohlwollende Prüfung der Wünsche der Stadt Pirna. Abg. Dr. Kastner (Dem.) forderte größere Hilfsmittel vom Reich und wandte sich entschieden gegen den Wiederaufbau der Schmalpurbahn. Das Reich verdiene an den sächsischen Bahnen so viel, daß es auch einen Zuschuß gewähren könne. Präsident Schwarg (Soz.) wies als Redner seiner Partei den gegen seine Partei erhobenen Vorwurf zurück, daß sie die Unwetterkatastrophe zu politischen Zwecken ausnütze. Abg. Großmann (Wirtschaftspartei) nahm die Unternehmer gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie sich unrechtmäßigerweise durch das Unglück hätten bereichern wollen und empfahl Annahme des Antrages seiner Partei auf Steuererlaß und Befreiung der Geschädigten von der Mietzinssteuer, Grundsteuer- und Gewerbesteuerbelastung. Ministerpräsident Heldt wies auf die Schwierigkeiten hin, die beim Wiederaufbau dadurch entstehen, daß die Wünsche des Einzelnen mit seinem Rechte in Einklang gebracht werden müssen. Das Reich habe bisher 6 970 000 Mark gegeben und gestern habe ihm der Reichsfinanzminister erklärt, daß das Reich bereit sei, Sachsen weitere Gelder für die Heilung der Privatschäden zu gewähren. Von der Reichsbahn-Gesellschaft würden jetzt ein Schmalpurbahn- und ein Normalpurbahnprojekt ausgearbeitet, die dann gewissenhaft geprüft werden. Eine Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern in die Schädigungskommission lehnte er ab. Das Haus lehnte sodann die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge ab und nahm einstimmig die Ausschlußanträge an. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 1. November, statt.

Aus Stadt und Land.

Merkblatt für den 6. Oktober.
Sonnenaufgang 6¹⁰ | Mondaufgang 4¹⁰
Sonnenuntergang 17²⁰ | Mondauntergang
1847: Bildhauer Adolf von Hofbrand geboren.

□ **Postpaletengebühren für Selbstfertiger.** Im Interesse der Betriebe, die regelmäßig größere Postpaletensendungen abfertigen haben und zu dem sogenannten System der Selbstfertigung von Postpaleten übergegangen sind, hat der Reichsverband des Deutschen Groß- und Übersee-handels G. V. beim Reichspostministerium eine **Gebührenermäßigung** beantragt. Durch die Selbstfertigung erzielt die Reichspost eine nicht unbedeutliche Ersparnis an Zeit und Arbeit, die nach dem Vorschlag des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Übersee-handels G. V. in Form eines Abschlags von 10 Pf. pro Paket den Selbstfertigern, die im allgemeinen als Großkunden der Post angesehen werden müssen, zugute kommen soll.

— **Nachgebühren für unzureichend freigemachte Briefsendungen.** Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit: Die Bestimmungen über Nachgebühren für nicht oder unzureichend freigemachte Briefsendungen des innerdeutschen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab dahin geändert, daß von diesem Tage ab im innerdeutschen Verkehr für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten, Briefe, Druckfachen usw. nicht mehr ein Betrag von mindestens 10 Pf. nachgehoben wird, sondern lediglich eine Aufrundung des Eineinhalbfachen des Fehl-betrages auf volle 5 Pf. stattfindet.

— **Die Kirchengemeindeverteilung** bittet hierdurch die Einwohnerschaft, zur Schmückung ihrer Häuser anlässlich des Gustav-Adolf-Festes das von der Stadt freundlicherweise zur Verfügung gestellte Kettig an der bezeichneten Stelle (Stadtmühlentap) entgegenlich entnehmen zu wollen. Auch ergeht nochmals die Bitte, durch Flaggenschmuck der Teilnahme an dem Fest gültigt Ausdruck zu verleihen.

— **Absturz in den Bergen.** Am Montag gegen Mittag ist an den Bobletschwänden (unterhalb des Großen Winterberges — beim Wendehals) der Hochschüler an der Technischen Hochschule in Dresden Küttner aus Klotzke abgestürzt. Er erlitt dabei eine Verstauchung des Rückgrats und Rippenbrüche. Seine Hilferufe wurden in Schmilka vernommen, so daß ihn einige Einwohner in das Dorf bringen konnten. Der herbeigerufene Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonie brachten ihn nach dem Stadtkrankenhaus Bad Schandau.

— **Der Stand der Erwerbslosigkeit im Bezirk des Arbeits-nachweises Königstein.** Beim Königsteiner Bezirksarbeitsnachweis waren die Zahlen der Erwerbslosen am 30. September 1927 folgende: Hauptunterstützungsempfänger ohne Notstandsarbeiter 275, davon männlich 244, weiblich 31. Zuschlagssempfänger waren 391 vorhanden. Diese Zahlen weisen gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode vom 1. bis 15. September 1927 eine erfreulich große Abnahme auf (zum Teil durch Vermittlung ins Hochwassergebiet), die bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern 132, bei den weiblichen 3 und bei den Zuschlagsempfängern 173 Personen beträgt. Notstandsarbeiter waren 86 vorhanden.

— **Öffentliche Notstandsarbeiten.** Der Verwaltungsausschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung hat beschlossen, von der Uebertragungsbefugnis des § 139 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bis auf weiteres keinen Gebrauch zu machen. Vom 1. Oktober 1927 an sind daher sämtliche Anträge auf Förderung von Notstandsarbeiten, auch soweit die Förderungssumme unter 5000 Mark bleibt, dem Landesamte zur Entschlieung vorzulegen. Die Unterlagen sind dabei in der gleichen Weise vorzubereiten, wie dies bisher für Maßnahmen mit einer Grundförderung über 5000 Mark angeordnet war, insbesondere haben die Verwaltungsausschüsse der

öffentlichen Arbeitsnachweise vorher dazu Stellung zu nehmen. Die Uebergangsbestimmungen für die produktive Erwerbslosenfürsorge, die gemäß § 243 des Gesetzes in Aussicht stehen, werden den öffentlichen Arbeitsnachweisen, sobald sie hier vorliegen, bekanntgegeben werden.

Hohnstein. Aus der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am 29. September ist folgendes zu berichten: 1. Mitteilungen: Einladungen sind ergangen von der Kirchengemeindevertretung zur Teilnahme an den Festgottesdiensten anlässlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten und des Militärvereins zur Hindenburg-Feier. 2. Die Pachtverträge für die ehemaligen Müllerischen Felder und Wiesen werden genehmigt. Die Versteigerung hat reichlich 100 RM. mehr erbracht als bisher. Weiter findet die Verpachtung anderer städtischer Wiesen und Felder sowie der Scheunen Zustimmung. Wider Erwarten besteht wenig Interesse für Grasnütungen von Böschungen. 3. In den Vorstand des Fortbildungsschulverbandes werden einstimmig gewählt: Bürgermeister Hausmann, Stadtrat Mai und Stadtverordnete Becker und Ideler. 4. Bei Verkauf des Hausgrundstückes der Witwe Mann soll auf das Vorkaufrecht verzichtet werden. 5. Die Gemeindegemeinschaft hat durch die Amtshauptmannschaft Pirna nahegelegt, auf einen 150-Prozent-Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zuzukommen. Die Stadtverordneten vertreten einstimmig die Ansicht, daß ein solcher Zuschlag für die Steuerzahler nicht tragbar ist und lehnen 150 Prozent ab, sie wollen weiter auch gegen die Entscheidung der Gemeindegemeinschaft, wonach diese 125 Prozent anerkannt hat, Beschwerde beim Ministerium des Innern anbringen. 6. Der vom Bürgermeister gestellte Antrag, die Straßenrechnungen durch einen Revisor prüfen zu lassen, wird zunächst an den Finanzausschuß abgegeben. 7. Die Anfertigung eines neuen Rathauses wird an Baumeister Dreßler vergeben, der unter drei Bewerber der Mindestfordernde ist. 8. Ein Teil des Rathausgartens wird unter den Bedingungen des Bauausschusses an Schneidermeister Bedert verpachtet. 9. Der sogenannte Stadtgraben hat bei den diesjährigen Hochwassern stark gelitten. Es ist notwendig, die Grabensohle und die Böschungsmauern auf größere Strecken zu erneuern. Man will zunächst die Bestverhältnisse klar stellen und die Ansicht eines Bauachverständigen über die zu treffenden Maßnahmen hören. 10. Die städtische Pflaummennutzung soll dieses Jahr nicht baumweise verpachtet werden, es sollen vielmehr schriftliche Angebote entgegengenommen werden. 11. Direktor Franze und Familie Juden Hohnstein seit 25 Jahren regelmäßig als Sommerfrische auf. Aus diesem Anlasse ist ihnen vom Stadtrat ein Glückwunschschreiben übermittelt worden. Die Stadtverordneten beschließen weiter einstimmig, Familie Franze eine Promenadebank zu widmen. 12. Die städtische Wiese am Neutweg soll nicht weiterverpachtet werden, sondern bei Veranstaltungen von Vereinen usw. gegen eine gewisse Gebühr bereit stehen. Die Heuernte will man auf dem Halm zur Versteigerung bringen. Hierauf fand noch nichtöffentliche Sitzung statt.

Langburkersdorf. Unerwünschte Kirmesgäste. Die Diebe drangen nachts in die Wohnungen und Keller der Gutsbesitzer Marschner und Böhmer ein und stahlen für die Kirmes vorgelichtete Waren, z. B. gebratene Enten und verschiedene Braten. Auch andere Gegenstände fielen den Dieben in die Hände. Ein Polizeihund verfolgte die Spur über die böhmische Grenze.

Ottendorf. Eigenartiger Unfall. Ein junger Fabrikarbeiter von hier schaltete sich im Gehen einen Apfel, stolperte und stach sich das Taschenmesser so unglücklich in den Leib, daß Bauchfell- und Magenverletzung entstand. Er wurde sofort in eine Klinik gebracht und alsbald operiert. Es besteht die Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Baugen. Schwere Zusammenstoß. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Motorradfahrer und einem Auto kam es auf der Staatsstraße bei Zentwitz. Dort fuhr der 18jährige Sohn des Mühlenbesizers und Bürgermeisters Arndt beim Einbiegen in die Staatsstraße gegen ein Automobil des Mühlenbesizers Heinke, Baugen. Arndt wurde im Bogen auf die Straße geschleudert und erlitt schwere Schädelverletzungen und einen Beinbruch. Nach der Einlieferung in das Krankenhaus starb der junge Mann. Das Motorrad ist vollständig zerschmettert, auch das Auto ist schwer beschädigt. Die häufigen Unfälle, die in Zentwitz bisher schon zu verzeichnen waren und die dadurch hervorgerufen werden, daß mehrere Wege im Dorfe in die Staatsstraße einmünden und diese infolge des bergigen Terrains nicht sehr übersichtlich ist, haben zu dem dringenden Wunsche geführt, daß Zentwitz zum geschlossenen Ortsteil erklärt werden möchte, um die Raierci durch den Ort verhindern und die übliche 30-Kilometergeschwindigkeit anordnen zu können.

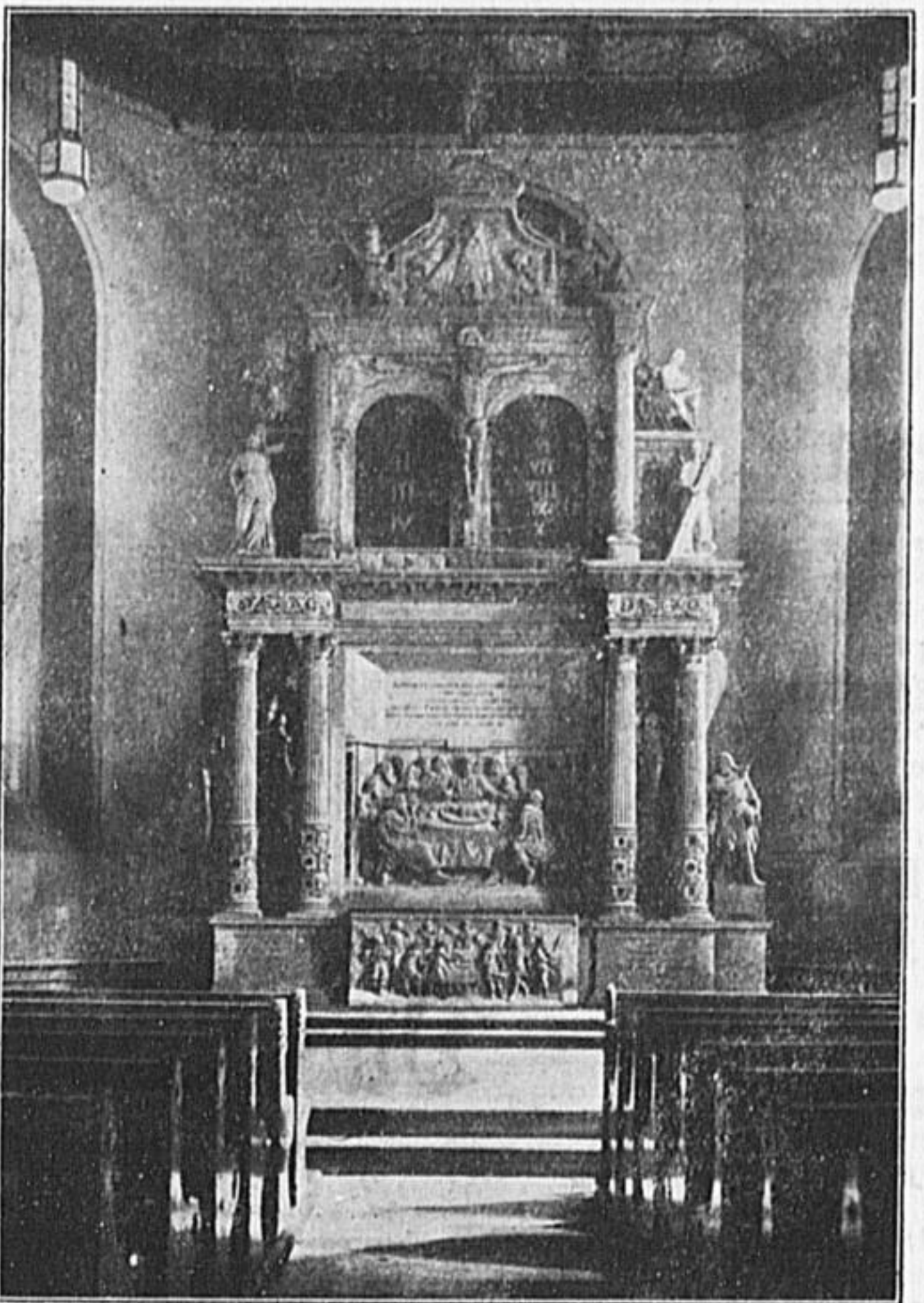
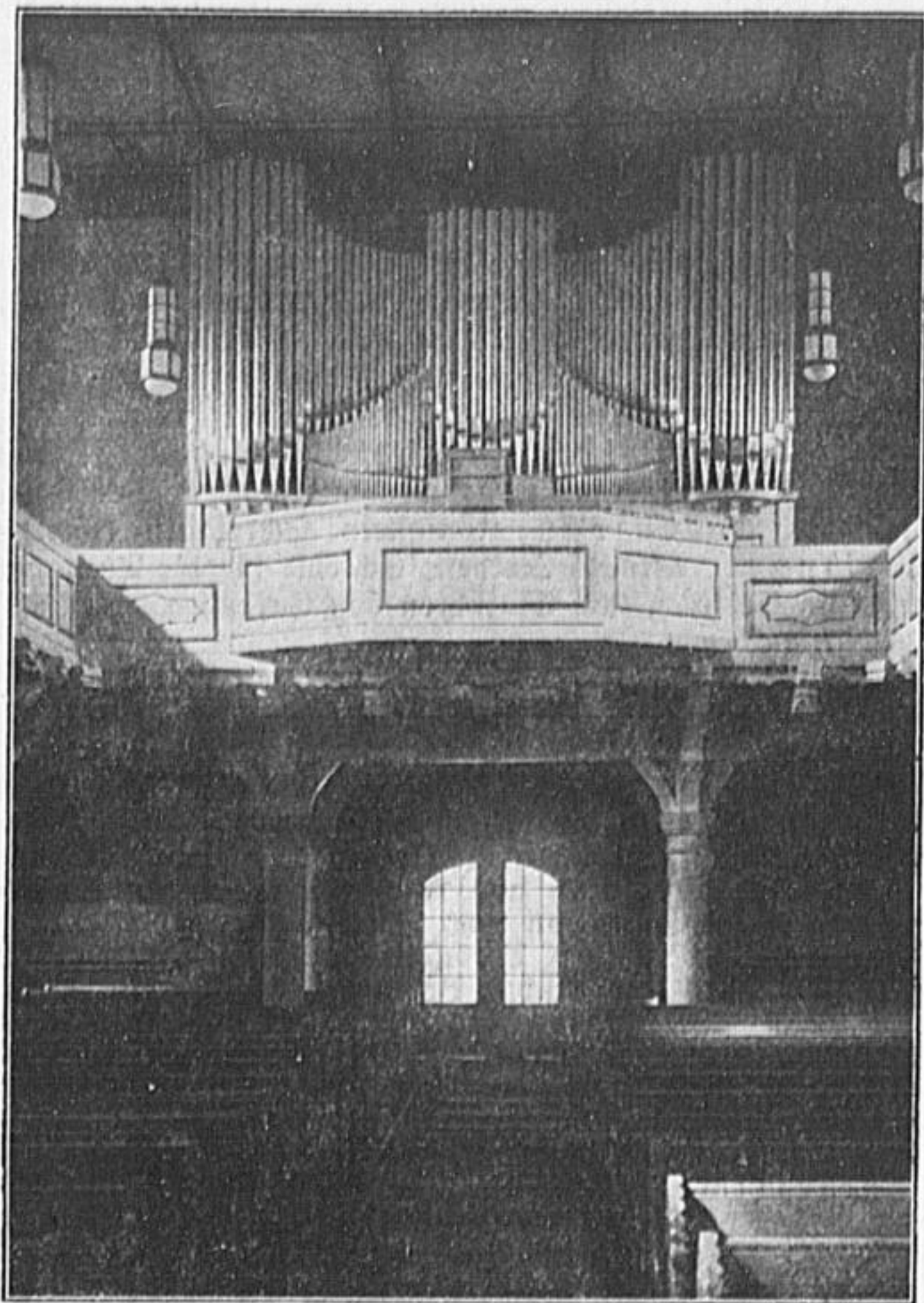
Glashütte. Schwere Verkehrsunfall bei Glashütte. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montagabend bei Glashütte. In der Straße nach Seidenau talabwärts fahrendes Lastauto, das im Dienste des von der Reichsbahn und der Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen eingerichteten Eisenbahnverkehrs stand, wurde bei der Begegnung mit vier Fußgängern von einem Radfahrer überholt, der an einem der Fußgänger anstieß und vom Rade vor das Auto stürzte. Der Radfahrer wurde überfahren, das Auto geriet in das Mühlgrabenbett. Der begleitende Eisenbahnbeamte wurde durch die Trümmer der Glashütte erheblich verletzt, während der Führer des Autos unverletzt blieb. Der Radfahrer ist an seiner schweren Verwundung gestorben.

Dresden. Die Bauarbeiten in der inneren Stadt. Die Bauarbeiten am Postplatz und im Zuge der Wilsdruffer- und der Johannstraße sind planmäßig derartig vorgeschritten, daß nunmehr mit ihrer Beendigung etwa Mitte Oktober gerechnet werden kann. — Tödlicher Verkehrsunfall. Am Montag gegen 18 Uhr sind in der Nähe der Baumwiese der 69 Jahre alte pensionierte Oberpostsekretär Leipert von hier und dessen Begleiterin von einem unbekanntem Radfahrer umgefahren worden. Hierbei hat Leipert schwere Verletzungen davongetragen, an deren Folgen er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstorben ist. Seine Begleiterin ist nur leicht verletzt worden. Der unbekanntete Radfahrer, der die Verletzten hilflos liegen gelassen hat, ist in der Abenddämmerung unerkannt entkommen. Er war bekleidet mit einer grauen Windjacke und dunkelblauer Mütze.

Dresden. Aufklärung eines Scheunensbrandes. Im Nordwesten Dresdens, besonders in der Wilsdruffer Gegend, waren in letzter Zeit öfters große Schadensfeuer zu verzeichnen, die die ländliche Bevölkerung schwer beunruhigten. Am späten Abend des 5. September rückte die Dresdner Berufsfeuerwehr mit dem Großbrandlöschzug nach Podemus aus, von dessen Höhen ein gewaltiger Feuerchein weißlich ein Schadensfeuer verkündete. Es brannte eine große massive Feldscheune, angefüllt mit der kurz zuvor eingebrachten Ernte, die dem Gutsbesitzer Länisch gehörte. Man nahm an, daß der Brand mit auf das Konto eines Massenbrandstifters zu setzen sei. Dies war aber nicht der Fall. Vielmehr hat sich ein im Gute von Länisch beschäftigter 30jähriger Erntearbeiter Richter der Polizei freiwillig gestellt. Er gab an, in der Scheune genächtigt und diese dabei fahrlässig in Brand gesetzt zu haben. Richter wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugewiesen.

Lorenzitzsch. Urerschütterlicher Fund. Auf der Waldparzelle des Bürgermeisters Görne konnte Lehrer Wirtschin aus

Die neue Orgel und der neue Altar in der St. Johanniskirche in Bad Schandau. (Zu unserem Artikel in Nr. 231.)



Erklärung des figürlichen Altar Schmuckes.

(Aus der Festpredigt unseres Pfarrers Giebner anlässlich der Einweihung der erneuerten Kirche.)

Unten an der Stirnseite des Altarbildes das jüdische Pasha-mahl. — Darüber der Herr Christus im Kreis der Seinen, das hochwürdigste Sakrament seines Leibes und Blutes verordnend (wie es in der ersten und erhaltenen Aufzeichnung über den Altar heißt). Zur Linken an dem Altar steht Moses. In der Mitte das gewaltige Kreuzifix, ein Werk edelster, reifster Kunst. Neben dem sterbenden Herrn die Gekreuzigten mit den 10 Geboten. Darüber der ewige Gott, dem die Cherubinen Tag und Nacht dienen. Und oben der Auferstandene. Gott ist versöhnt!

Niesa am Sonnabend ein Grab der mittleren Bronzezeit (zirka 1400 bis 1200 vor Chr. Geb.) ausgegraben. Dasselbe war ein sogenanntes Brandhüttungsgrab, bei dem die sonst üblichen Urnen fehlten. Die Menschenasche breitete sich in 20 bis 30 Zentimeter Tiefe über eine kleine kreisförmige Fläche von zirka 1 Meter Durchmesser aus. Eingebettet war die Asche in tief-schwarze Erde.

Grimma. Tödlich überfahren. Von einem harten Schicksalsschlag wurde die Familie des Gutsbesizers Köh in Großsteinberg betroffen. Ihr einziger, im 7. Lebensjahre stehender Sohn wurde auf dem Kartoffelfelde vom väterlichen Fuhrwerk überfahren. Die Räder gingen dem Knaben über den Kopf. Ein Schädelbruch führte den sofortigen Tod herbei.

Leipzig. Selbstmorde in Leipzig. In der Nacht zum Montag hat sich die Besitzerin eines Lebensmittelgeschäftes in der Bornaischen Straße mit Gas vergiftet. Die Ursache zum Selbstmord soll schlechter Geschäftsgang sein. — Ein Kaufmann aus der Kaiserin-Augusta-Straße hat aus Geschäftsjorgen seinem Leben dadurch ein Ende gemacht, daß er sich in die Weisze stürzte. Als der Selbstmord der in der Gustav-Frentag-Straße wohnenden Schwester des Kaufmanns bekannt gegeben worden war, vergiftete sie sich mit Leuchtgas. — Ein Arbeitsbursche, der ein Motorrad gekauft hatte und der deshalb mit seiner Mutter in Streit geraten war, hat sich deswegen mit Gas vergiftet.

Leipzig. Die spinale Kinderlähmung. Bis zum 3. Oktober einschließlich sind drei neue Erkrankungsfälle an spinaler Kinderlähmung in Leipzig festgestellt worden, ein weiterer Todesfall wurde gemeldet. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beläuft sich in der Stadt Leipzig auf 144, in zwei Fällen davon hat sich der Verdacht nicht bestätigt, so daß tatsächlich 142 Personen erkrankt sind; 90 davon sind Kleinkinder, 45 Schulkinder und 7 Erwachsene; die Gesamtzahl der Toten beläuft sich jetzt auf 20. Der Bestand in der Reichshauptmannschaft war am 4. Oktober: Amtshauptmannschaft Borna 7, Amtshauptmannschaft Döbeln 9, Amtshauptmannschaft Grimma 11, Amtshauptmannschaft Leipzig-Land 23, Amtshauptmannschaft Oschatz 29 und Amtshauptmannschaft Rochlitz 8.

Letzte Drahtmeldungen.

D 1230 zum Weiterflug gestartet.

Amsterdam, 5. Oktober. Das Zuntersflugzeug D 1230 ist heute morgen 5.40 Uhr vom Marineflughafen aus zum Weiterflug gestartet. Das nächste Ziel ist voraussichtlich Lissabon. Die Wetterverhältnisse sind günstig. Ueber dem Golf von Biscaya liegen niedrige Nebel.

Chamberlain in Paris erwartet.

Paris, 5. Oktober. Der englische Außenminister Chamberlain wird für Sonnabend in Paris erwartet, wo er bis Montag morgen als Gast des englischen Botschafters bleiben wird. Chamberlain dürfte nach dem offiziellen „Petit Parisien“ seinen Aufenthalt in Paris zu einer Begegnung mit Briand benutzen. Als Anlaß zu dieser Zusammenkunft wird die Unterredung Chamberlains mit Primo de Rivera genannt. Es wird darauf hingewiesen, daß es Chamberlain auch nach seiner Unterredung mit Mussolini in Livorno für zweckmäßig erachtet habe, den französischen Außenminister über diese Aussprache zu unterrichten.

Die gestrige Unterredung Briands mit dem spanischen Botschafter soll sich hauptsächlich auf die Reise des spanischen Königspaares nach Marokko bezogen haben, wobei auch die Wiederaufnahme der spanisch-französischen Tanger-Verhandlungen zur Sprache gekommen sei.

5 Todesurteile wegen Spionage in der Ukraine.

Nach einer Reutersmeldung aus Moskau hatten sich in Kamenek-Podolsk 15 Personen wegen Spionage zugunsten Polens auf ukrainischem Gebiet, die bis auf das Jahr 1924 zurückgeht, zu verantworten. Gegen 5 Personen wurde auf Todesstrafe erkannt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von 5—10 Jahren Gefängnis.

Glückliche Rettung eines Verkehrsflugzeuges aus Seenot.

Von einer glücklichen Rettung können die Passagiere eines französischen Flugzeuges der Linie Marseille-Alger sprechen. Das Flugzeug sah sich gezwungen, wegen eines Motordefektes mitten auf dem Wasser niederzugesinken. 24 Stunden waren bereits seit dem letzten Hilferuf von Bord des Flugzeuges verstrichen, ohne daß man eine weitere Nachricht erhielt, so daß das Schlimmste befürchtet wurde. Wie jetzt mitgeteilt wird, wurde das Flugzeug jedoch von einem italienischen Segler aufgefunden und ins Schlepptau genommen. Die Insassen des Flugzeuges wurden in stark erschöpftem Zustande gerettet.

Dr. Jhmels in Ostafrika.

Dresden. Vor wenigen Tagen ist der Direktor der Leipziger Mission Dr. Jhmels in dem früheren Deutsch-Ostafrika eingetroffen, wo er in monatelanger Arbeit die Gemeinden und Schulen des Leipziger Missionsgebietes visitieren und über Neu-einrichtungen mit den Missionaren beraten wird. Er hat in den vergangenen Monaten eine Reihe von Mägen in Südafrika besucht, vor allem auch die Probleme, die sich in den Goldfeldern für die Eingeborenenerziehung und ihre Christianisierung ergeben, an Ort und Stelle erwogen, so daß er mit vielen Erfahrungen nach Ostafrika gekommen ist. Die südafrikanischen Erkenntnisse dürften ihm für die Arbeit in Ostafrika schon deshalb sehr zufließen kommen, weil ja die Völker dort mit Riesenschritten der Zivilisation mit all ihren Folgen entgegensteilen, die sich im Süden Afrikas bereits durchgelebt hat.

Turnen / Spiel / Sport

Das 20. Sächsische Bundesfest

Am Sonntag im Jahre 1928 in Pirna stattfinden. Am Donnerstagabend fand im „Feldschlößchen“ in Pirna eine Versammlung des Bundesvorstandes mit dem Vorstand des Verbandes Pirna im Sächsischen Keglerbund statt, in der man die Tage vom 30. Juni bis 8. Juli 1928 zur Abhaltung des Bundesfestes in Pirna bestimmte. In großen Umrisen besprach man das Programm, den Bau der Festhalle usw. Viel Arbeit ist in der verhältnismäßig kurzen Zeit zu leisten, denn mit dem Keglerbund soll auch eine Sportausstellung für alle Sportarten verbunden sein. Letztere wurde vom Vorsitzenden des Pirnaer Verbandes, Kaufmann Otto, angeregt und fand im Bundesvorstand warme Befürworter. Diese Ausstellung wird die erste ihrer Art gelegentlich des Sächsischen Bundesfestes sein. Die Vorarbeiten werden jetzt schon begonnen und nach der Bannerweihe des Verbandes Pirna am 30. Oktober in der „Tanne“ mit Eifer betrieben, denn der Verband Pirna ist sich seiner verantwortungsvollen Aufgabe bewußt.

Teddy Sandwina feierte in London einen neuerlichen Sieg, und zwar schlug er den — allerdings schon lange nicht mehr auf der Höhe befindlichen — Franzosen Marcel Nilles in der 3. Runde durch Aufgabe.

Das schwedische Schwimmwunder Arne Borg wird am Donnerstag in Prag starten.

Zur Deutschen Ski-Meisterschaft (25./26. Februar 1928 am Feldberg) liegen jetzt bereits die Startzusicherungen einiger schweizerischer und norwegischer Springer und Läufer vor.

Der nächste Reichs-Jugendherbsttag soll in Rassel abgehalten werden.

Einen neuen französischen Speerwurfrekord stellte Degland mit 60,97 Meter auf.

Das nächste deutsche Fußball-Länderspiel findet am 23. Oktober im Stadion zu Altona gegen Norwegen statt. Am 20. November folgt dann das letzte Länderspiel dieser Saison, und zwar gegen Holland, in Köln.

Sp. Vier Kanalschwimmerinnen für 1928. Ein Kanalschwimmen für Damen soll im nächsten Jahr unter Beteiligung von Frau Corson, Frä. Jensen-Dänemark, Frau Sion-Frankreich und der Deutschen Frau Bierkötter (früher Frä. Döbler) vor sich gehen.

Sp. Tod im Bogensport. Der 25jährige Berufsboxer Arnaldo Olivieri ist während eines Vorspiels im Mailand bewußtlos zusammengebrochen und in der gleichen Nacht an einer Gehirnblutung verstorben. Eine Untersuchung dieser Angelegenheit ist eingeleitet.

Sp. Paolino sucht Ruhe. Der Schwergewichtseuropameister Paolino kehrt Ende November nach Europa zurück, um sich hier zwei Monate auszurufen. Die neue Amerikareise tritt der Spanier dann im Februar kommenden Jahres an.

Sp. Der Kampf um den Davis-Pokal. Amerika und Australien wollen beantragen, die Amerikazone im Davis-Pokal-Wettbewerb aufzuheben und alle Spiele in einer Zone auszutragen.

Tschechischer Chauvinismus.

Tetschen. Unter obiger Überschrift macht die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ auf eine Darlegung in der tschechischen Wochenzeitschrift „Narodni Republika“ aufmerksam, in der es bei Besprechung von Radiodarbietungen heißt:

„Schon öfters wurde gerügt, daß die Zusammenstellung des Programms nicht immer die glücklichste ist. Die deutsche Sendung wird nicht durch die paar Kronen aus den Taschen unserer Deutschen weggemacht. Es ist dies eine grobe Beleidigung unserer tschechischen Abonnenten und ausländischen Zuhörer. Dies würden wir tschechischen natürlich sofort in Ordnung bringen, wenn unsere Regierung eingeseht würde. Und vor allem: Belästigt uns nicht beständig mit diesem unmännlichen, läppiischen Mozart! Seine naive Drehorgelmusik ist dem größten Teil des tschechischen Volkes zuwider...“

Hierzu bemerkt die „Sudetendeutsche Tageszeitung“: Diese dummdreiste Anpöbele Mozart verdient denn doch in aller Welt bekannt zu werden. Glauben denn die tschechischen, es aus der Geschichte streichen zu können, wie eng der Name der vielstimmigen Stadt gerade mit dem Mozarts verbunden ist, daß sie mit ihrem Geizt auch nur den leinsten Schatten auf das Bild des deutschen Meisters zu werfen vermöchten? Das Blatt weist dann mit Recht darauf hin, daß zwei tschechische Künstler, beides tschechische — Dvorak und Smetana — den Weg ihrer Kunstfolge aus der Enge ihres Vaterlandes gerade über Deutschland in die Weite der gesamten Kulturwelt genommen haben. Das seien nur zwei Beispiele. Sie ließen sich vermehren, wenn man der vielen tschechischen Musiker gedenken wollte, die in Deutschland gastfreundliche Aufnahme gefunden haben.

Aus den Lichtspielhäusern.

Der Faustfilm, der ab Freitag in den Sagonia-Lichtspielen gezeigt wird, hat mit dem Goetheischen Faust die Idee des Ringens von Gut und Böse gemeinam. Faust, der im Film die Züge des

Ämtlicher Teil.

Am 7. Oktober 1927, vormittags 11 Uhr, soll in dem als Versteigerungsort bestimmten Gasthaus „Zum Schützenhaus“

1 Credenz

meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Bad Schandau, am 5. Oktober 1927.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Nichtamtlicher Teil.

Praxisleiter

Zahnpraxis Schiweck

vom 3. bis 10. Oktober verreist

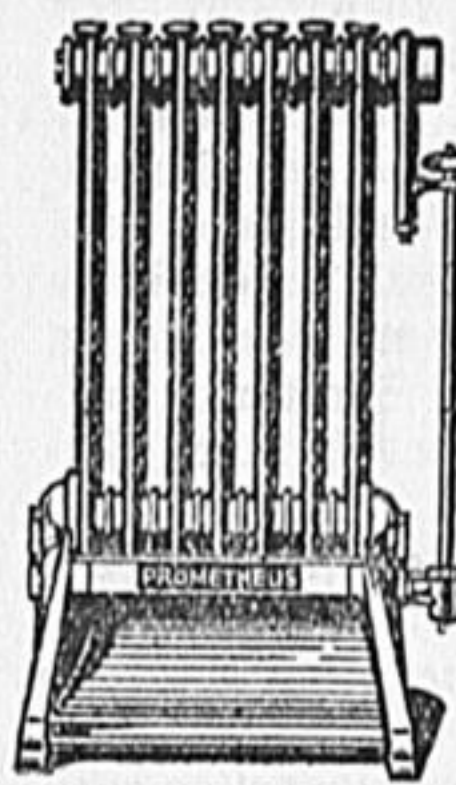
Albert Engelhardt Uhren, Goldwaren
Uhrmacher Sprechapparate,
Bad Schandau Platten, optische Artik.

Voranzeige

Sagonia-Lichtspiele, Bad Schandau
Ab Freitag
Die große deutsche Volksfage

FAUST

Karten-Vorverkauf: Nummerierte Plätze
Verstärktes Orchester



Die billigste und sauberste Heizung ist die **Gasheizung**.
Kein Ruß Keine Asche
Sie haben sofort ein warmes Zimmer — Stets betriebsbereit — Wir liefern solche Defen für jede Raumgröße und zu jeder Preislage. Bei einem bestimmten Gasverbrauch gewähren wir ganz erhebliche Rabatte. Heiz- u. Badöfen müssen stets in einem Abzug versehen sein. Auskunft u. Rat erteilt das

Stadgeschäfts Poststrasse **Gaswerk Bad Schandau**

Rittergut Proffen

vergift

Kartoffeln in Zeilen

nur noch bis Sonntag, den 9. Oktober, 12 Uhr

Geübte Blumenarbeiterinnen

werden angenommen — Einwohnerschein ist vorzulegen

Paul Klemm

Ausgabe: Jeden Donnerstag „Gasthaus zur Carolabrücke“ von 8 bis 3 Uhr

Werbeträchtige Drucksachen

liefert in kürzester Zeit

die Buchdruckerei der Sächsischen Elbzeitung



Alchimisten der deutschen Volksfage trägt, will seine Stadt von der Pest befreien, gerät in die Klauen von Mephisto, verführt Gretchen, das unschuldig den Tod auf dem Scheiterhaufen erleidet. Hier vereinigten sich Goethesches Suchen in der Ferne und moderne Technik zu einem Werk von seltenem Glanz.

Erfindungsschau,

zusammengestellt vom Patentbüro O. Krueger, Dresden-M. Auskünfte an die Leser, Abchriften.

B. Hering, Kohlmühle: Spitzseifen mit auswechselbaren Spigen. (Gm.) — Karl König, Bad Schandau, und Erich Hippe, Proffen: Lufradrifen. (ert. Pat.) — C. A. Klinger, A.-G., Altstadt-Stolpen: Verstellbares Rohrstück für die Transportrohrleitung von Gebläse. (Gm.) — Herbert Ripry, Bad Schandau: Schubbürste. (Gm.) — Fried. Weininger, Ostrau: Salztreyer für Schienenfahrzeuge mit entlastendem Ventilregel. (Gm.) — W. Bodensohn, Königstein: Schreibstift. (Gm.) — C. A. Klinger, Altstadt-Stolpen: Schleuse für die Transportleitungen an Gebläse zum Einführen von Garben o. dgl. (Gm.)

Aus dem Gerichtssaal.

§ Urteil im Löb-Prozess. Die Zivilkammer des Landgerichts Weimar wies die Zivilklage des ehemaligen thüringischen Staatsbankpräsidenten Löb gegen das Land Thüringen ab. Löb hatte bekanntlich auf Nachzahlung dreier Monatsgehälter in Gesamthöhe von 9000 Mark geklagt.

§ Vergleich im Prozess v. Tressow-v. Sobensfern. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte fand ein Sühnetermin in der Beleidigungssache statt, die der Komtur der Vallei Neumark des Jungdeutschen Ordens, Hasso v. Tressow, gegen den Hauptschriftleiter der Deutschen Zeitung, Major von Sobensfern, angestrengt hat, weil die Deutsche Zeitung im Februar d. J. im Zusammenhang mit der Mitteilung über den gesellschaftlichen Boykott der Großgrundbesitzer des Kreises Königsberg-Neumark gegen Herrn von

Tressow den Vorwurf des Vertrauensbruchs gegen ihn erhoben habe. Die Parteien einigten sich auf folgenden Vergleich: Die Deutsche Zeitung hat den Vorwurf des schweren Vertrauensbruchs gegen Herrn von Tressow am 16. Februar 1927 erhoben auf Grund der Erklärungen, die der Herr Reichskanzler Dr. Marx am 11. Februar 1927 im Deutschen Reichstag abgegeben hat. Das Material hat die Deutsche Zeitung lediglich aus den Erklärungen des Reichskanzlers entnommen, welches Material dem Reichskanzler Dr. Marx vorgelegen hat, entzieht sich der Kenntnis der Deutschen Zeitung. Seinerzeit hat nur publizistisches Interesse der Veröffentlichung zugrunde gelegen, ohne daß man Herrn v. Tressow zu nahe treten wollte.

§ Wegen Totschlages verurteilt. Das Berliner Schwurgericht verurteilte den Friseur Joseph Kolb, der angeklagt war, seine Frau, die Friseurin Frieda Hoffmann, die er als Mitinhaberin in sein Geschäft aufgenommen hatte, in der Nacht zum 8. Februar d. J. nach einer Eifersuchtsszene erdroffelt zu haben, wegen Totschlages zu fünf Jahren Gefängnis unter Anrechnung von sieben Monaten Unterwuchungshaft.

§ Verurteilung wegen versuchten Totschlages. Das Schwurgericht zu Dresden verurteilte am Montag den 47 Jahre alten Reisenden Arno Max Kräher wegen versuchten Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Kräher hatte am 8. Juli in Dresden seiner Geliebten, einer Plätterin, mit einem Stück einer Eisenschiene zwei wichtige Schläge auf den Kopf versetzt und sich dann zwei Schnitte mit dem Rasiermesser am Hals beigebracht. Das Mädchen war dann in seiner Todesangst aus dem Fenster in den Hof hinabgesprungen. Eifersucht war der Grund der Tat.

§ Mordversuch am eigenen Kind. Wegen Mordversuchs an seiner Tochter wurde der 39 Jahre alte Tagelöhner Georg Helf aus Neustadt a. d. Harz zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren verurteilt. Der Angeklagte hatte sein 7jähriges Töchterchen, das bei seiner geschiedenen Frau lebte, unter falschen Vorpiegelungen in einen Wald bei Neustadt gelockt und dort in einen etwa zehn Meter tiefen Steinbruch hinuntergestoßen, wobei das Kind schwere Verletzungen erlitt.

Kirchenchor

Seute abend 1/8 Uhr

Hauptprobe

Schloßbastei

Sonntag, den 9. Oktober

Doppelkopf-Abend

Unzählig viele Menschen leiden an Nerven, Gicht, Rheumatismus, Krämpfen,

Herzleiden

und sonstigen Krankheiten verschiedenster Art, nur wissen sie noch nicht, wie man dieselben

heilt

da die Ursachen verschiedenster Natur sind. Wenn auch die Behandlung bei mir nicht ganz

umsonst

ist, so werden die Leiden mit wenig Kosten durch Homöopathie, Bioch., Hydro- u. Elektro-Therapie bekämpft. Gewissenhafte Untersuchung Sprechzeit täglich von 8 bis 12 Uhr vormittags, auch Sonntags, nachmittags besuche stets auswärt.

Chem.-laboratorische Urin-Untersuchung

H. MEINHOLD

Naturheilkundiger

Prossen

b. Bad Schandau

Sie finden noch zu alten Preisen

Hemdenstuch

Barquent

Reffel

Läufer u. Deckchen

im Vogtl. Spez.-Gard.

Gesch. Frieda Hiele, Bad Schandau, Zautenstr. 134/1.

Klavierstimmer Matthes kommt

wieder nach Bad Schandau und bittet, rechtzeitig, spätestens bis Sonnabend, Bestellungen in der Geschäftsstelle dieses Blattes niederlegen zu wollen

Schriftl. Heimarbeit

Vitalis-Verlag 835 München

Dezimalwaagen

Tafelwaagen

Gewichte

Reparaturen

u. Neueinrichtung in eigener Werkstatt

Johs. Behrendt

Waagenbauanstalt

Pierna, Gartenstraße 12 gegenüber der Post



Das Wasser aus Ihrer Leitung

ist — wie jedes Leitungswasser — hart.

Diese Härte ist beim Waschen sehr störend: sie hemmt die Wirkung des Waschmittels, verhindert eine kräftige Schaumbildung und erschwert das Waschen!

Weiches Wasser für die Wäsche ist deshalb unbedingt erforderlich

Berühren Sie jedesmal, bevor Sie die Lauge bereiten, einige Handvoll Henko-Weich-Soda in dem mit kaltem Wasser gefüllten Wascheffel. — Dadurch wird alle übermäßige Härte des Wassers beseitigt. Sie erhalten das schönste weiche Wasser und haben die Sicherheit, das Waschmittel voll auszunutzen.

Henko Henkel's Wasch- u. Bleich-Soda!

— Seit über 50 Jahren bewährt! —

Auch zum Einweichen der Wäsche, zum Bügeln und Scheuern gibt es nichts vorteilhafteres als Henko. — Nur in Originalpackung, niemals lose.

Licht lockt Leute!

Diese feststehende Tatsache sollte jeden Ladeninhaber veranlassen, seine veraltete Schaufenster- und Ladenbeleuchtung neuzeitlich zu gestalten

Beratung und Probebeleuchtung

erfolgt kostenlos durch

Erich Domsch, Elektromstr., Bad Schandau, Schloßberg 169 — Telefon 311

Bodenrummel u. **Doppelfenster** verkauft Villa Emma

Was wird mir das Jahr 1928 bringen? Diese Frage beantw. Ihnen gewissenh. Send. Sie Geburtsdat. **Probedeutung** kostenlos. **Astrol. R. H. Schmidt, Berlin** 193 S, Schönleinstr. 34. Rückp. erb.

Fleißiges, solides **Hausmädchen** nicht unter 20 Jahren, welches sich auch zum Gästebediener eignet, zum 15. Oktober gesucht **Gasthaus „Zum Biren“**

Berücksichtigen Sie unsere **Interenten**

Briefumschläge liefert schnellstens die Sächs. Elbzeitung

Die Hygiene der Milch liegt in der Gewinnung!



STEHT UNTER STÄNDIGER STALLKONTROLLE.